54 Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 15

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Freitag, 9 Januar 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Bahnprojekte der Türkei.

Von unserem Korrespondenten

Franz Carl Endres.

Konstantinopel, im Dezember.

Eines der größten Hemmnisse — wenn auch nicht, wie viele lauben, das einzige — einer wirtschaftlichen Erschließung Anaoliens war bisher der fast völlige Mangel an isenbahnen und die Vernachlässigung des Baus geestigter Straßen. Reisen und Transporte in Innernatolien sind immer noch mit solchen Schwierigkeiten verbunen und dauern so lange Zeit, daß Massengüter, selbst wenn sie ußerordentlich billig produziert werden, mit so hohen Transortspesen an die Meereshäfen kommen, daß ihre Weltmarktsonkurrenzfähigkeit in Frage gestellt ist. Das Verkehrsroblem bildete daher schon vor dem Kriege ein oft berochenes, mit Plänen und Projekten reich bedachtes Gebiet. ie außenpolitischen Verhältnisse und verschiedene andere ründe ließen jedoch die Projekte nicht zur Wirklichkeit werden.

Die heutige türkische Regierung unter Mustapha Kemal und Ismet Pascha geht von anderen und richtieren Gesichtspunkten aus. Ich kann mich noch an manches uge Wort über die notwendige Reform des Verkehrswesens as uns damals im Kriege schwere Sorge bereitete, meines amaligen Nachbarn im Großen türkischen Generalstab, Ismet, erinnern. Heute hat er die Macht, seinen Ideen zum urchbruch zu verhelfen.

Mustapha Kemal hat auf seiner gegenwärtigen Reise durch ordostanatolien wiederholt in seinen Reden geäußert, daß er ine Kraft für die innere Entwicklung der Türkei einsetzen erde. Das entspricht ganz seinem Programm, die Türkei ollkommen auf Anatolien zu basieren. Bisher litt die Türkei gerade darunter, daß außenpolitische und innenpolitische erhältnisse dieses Sichbesinnen auf sich selbst, diese zivilisaorische Arbeit von innen heraus nicht zuließen. Eine eitere Folge dieser Gesamtansicht Mustaphá Kemals ist das n-den-Vordergrund-treten wirtschaftlicher Motive n den Plänen der Regierung. Es ist wohl die klare Einsicht orhanden, daß an eine Zukunft der neuen, auf sich selbst geellten Türkei nur zu denken ist, wenn das wirtschaftliche leichgewicht erreicht werden kann, das heißt wenn das Land t höchstem Prozentsatz sich selbst ernähren kann und seinen mportbedarf durch erhöhten Export zu bezahlen imstande ist. hne großzügige Verkehrspolitik, die nun allerdings, bis sie ie gewünschten Früchte trägt, sehr viel Geld kostet, ist dieser usgleich der Wirtschaft gar nicht möglich.

Die gegenwärtig zu einem gewissen Abschluß gebrachten Bahnprojekte beschäftigen sich damit, das Stück Anaolien, in dessen Mitte Angora liegt, verkehrstechnisch zu ffnen, um es wirtschaftlich auf die Höhe zu bringen, die es einer Bodennatur nach zweifellos erreichen kann. Es ist das Viereck, das westlich von Ismid und Eregli, östlich von Samsun nd Siwas abgegrenzt ist, ein Raum von (ganz roh gemessen) ngefähr 100 000 Quadratkilometer.

Hier wird zunächst unter der Leitung der türkischen Regieung die Linie Angora—Siwas und Samsun—Siwas in Angriff genommen und zwar wird gleichzeitig on Angora und vom Samsun her mit dem mehrere Jahre auernden Bau begonnen. Allein für die Bauten im Jahre 925 sind 14 Millionen Pfund vorgesehen. Die Regierung ergibt die Strecken in Abschnitten von 20 bis 120 Kilonetern an Unternehmer. Die Regierung verlangt von den Unternehmern sogenannte Kapazitätsgarantien [a) finanzielle,) technische], ferner Bietungsgarantien in der Höhe von 5 bis 0 Prozent des Objektwertes, endlich noch Lieferungs- und Anzahlungsgarantien. Die Lieferungsgarantien enthalten um Teil rigorose Bestimmungen, zum Beispiel die, daß die Regierung die von den Unternehmern bei den Banken niederulegenden Garantiesummen erheben kann, ohne daß der geichtliche Nachweis der Lieferungsversäumnis erbracht werden muß. Die Anzahlungsgarantien bleiben zur Verfügung bis ur Beendigung der Arbeit, was den Lieferanten starke Kosten bei ihren Banken verursachen wird.

Trotz dieser sehr schweren Bedingungen nehmen die Firmen die Verträge an. Auf der Strecke Angora—Samsun sind auch für Bauten und Material deutsche Firmen beteiligt, so zum Beispiel Krupp (an dem Stinnes unterbeteiligt ist), Humboldt, Bauwenz und Schwartzkopff. Auf der Strecke Samsun—Siwas hat eine französische Gesellschaft noch Verträge von der Zeit vor dem Kriege.

Das andere Projekt Angora—Eregli (mit Hafenbauten dort) und den zwei Zweiglinien über Bolu nach Adabazar und über Kastambol (Kastamuni) nach Hawsa ist einem gewissen Benari, dem Vertreter eines italienischen Großkonzerns, übertragen worden und soll in fünf Jahren hergestellt werden. Deutsche Fabrikanten sind meines Wissens hier nicht beteiligt. Endlich ist noch ein kleines Bahnstück von zwei Linien: Samsun—Tscherschembe und Samsun—Bafra (Tabakzentrum) der türkischen Großfirma Remli Zadé und Söhne übertragen worden, die ihrerseits Aufträge an Unternehmer vergibt.

Von besonderer Bedeutung ist, daß die türkische Regierung, zum Beispiel für die Linie Angora—Eregli, bestimmt hat, daß das Personal bei den Arbeiten türkisch sein muß, und daß nur die unentbehrlichen Spezialisten aus Europa engagiert werden dürfen, aber nur nach besonderer Erlaubnis der Regierung. Es werden verschiedene türkische Aktiengesellschaften (sogenannte sociétés anonymes) gebildet werden, an denen sich türkisches Kapital ohne Begrenzung beteiligen darf.

Die letzten Bemühungen des Kanzlers.

Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Die neuerlichen Versuche des Reichskanzlers Dr. Marx, ein Kabinett zustande zu bringen, sind heute vormittag noch nicht gelungen. Wie bekannt, haben zwar die gegenwärtigen Minister Dr. Luther, Graf Kanitz, Dr. Brauns und Dr. Geßler sich bereit erklärt, ihre Aemter in einem überparteilichen Kabinett unter der Leitung des Herrn Marx beizubehalten, **haben aber daran die Bedingung geknüpft, daß führende Demokraten ihm nicht angehören dürfen.** Das ist auf eine Rückfrage zurückzuführen, die Dr. Luther an die deutschen Volksparteiler gestellt hatte. Diese erklärten ihm, daß sie einem solchen Ministerium nicht ohne weiteres Schwierigkeiten bereiten würden, sofern nur führende Demokraten in ihm nicht enthalten seien. (!) Das ist nicht zuletzt auf die persönliche Verärgerung Dr. Stresemanns gegenüber Minister Koch, dem Führer der Demokratischen Partei, zurückzuführen. Allerdings wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Widerspruch nicht gegen Herrn Koch persönlich, sondern überhaupt gegen alle führenden Demokraten richte, die dem sogenannten überparteilichen Kabinett sofort eine bestimmte parteipolitische Prägung geben würden.

Der Reichskanzler setzte sich daraufhin mit Herrn Koch in Verbindung. Herr Koch ließ ihn nicht im Zweifel darüber, **daß die Demokraten in diesem Falle keine Veranlassung hätten, das Kabinett durch politisch farblose Persönlichkeiten ihrerseits zu ergänzen, da sie sonst in die Lage kämen, für eine Politik verantwortlich gemacht zu werden, auf die sie keinen realen Einfluß hätten.** Die Demokraten müßten es daher dem Zentrum überlassen, nunmehr allein mit den Staatssekretären ein Ministerium zu bilden. Die demokratische Fraktion würde dieses Kabinett unterstützen, aber sie würde sich durch keine Koalition oder parteipolitische Solidarität verpflichtet fühlen.

Zur Stunde ist noch nicht bekannt, was der Kanzler jetzt zu tun gedenkt. Es bleibt ihm die Möglichkeit, ein reines Zentrumskabinett mit Staatssekretären als Ministern auf die Beine zu stellen oder aber ein parteipolitisch abgestempeltes Kabinett, das aus Zentrumsmitgliedern und Demokraten bestehen würde, zu bilden, oder aber den Auftrag der Kabinettsbildung an den Reichspräsidenten zurückzugeben. Die Rechtsparteien rechnen mit der letzten Möglichkeit und propagieren gegenwärtig als geeigneten Mann den Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Gegen Mittag begab sich Marx noch einmal zum Reichspräsidenten, um ihm das Ergebnis seiner letzten Bemühungen darzulegen.

*

Schon im heutigen Morgenblatt haben wir betont, daß auch auf demokratischer Seite die gegenwärtige Phase der Krise Unbehagen erwecken muß. Wir schätzen die Persönlichkeit des bisherigen Reichskanzlers Marx so hoch, daß wir das lebhafteste Bedauern empfinden würden, wenn sie sich durch immer erneute Versuche, ein Kabinett zustandezubringen, politisch abnutzen sollte. Unseres Erachtens ist der Augenblick gekommen, wo Herr Dr. Stresemann, der ja für die Krise in erster Linie verantwortlich ist und außerdem auch die bisherige Politik in der Kölner Räumungsfrage als verantwortlicher Minister geleitet hat, noch einmal und sehr entschieden ersucht werden müßte, nun selbst die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Auch eine „patriotische" Manifestation.

Bei dem feierlichen Einspruch der preußischen Staatsregierung gegen die Nichträumung der ersten Zone verlassen Deutschnationale und Volksparteiler unter Pfuirufen den Sitzungssaal.

Die heutige Landtagssitzung.

p. st. Im preußischen Parlament erlebte man ein Schauspiel, wie es glücklicherweise im Landtag noch nicht dagewesen ist. Die Spannung zwischen den Parteien schlug in das Groteske und Sinnlose um. Die von den Herren Scholz und Curtius im Reiche eingeleitete Entwicklung der **Deutschen Volkspartei hat jetzt dazu geführt, daß die Partei endgültig zum hilflosen Anhängsel der Deutschnationalen geworden ist und überhaupt keinen Willen mehr aufbringen kann.** Wer daran bisher noch gezweifelt hat, wurde heute endgültig belehrt.

Der Beginn der heutigen Sitzung des Landtages mußte um eine Stunde verschoben werden, weil sich die Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei im Aeltestenrat zusammengetan hatten, um den von der Regierung Braun für die heutige erste ordentliche Sitzung vorgesehenen und im Interesse Preußens und des deutschen Volkes dringend notwendigen Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone zu — hintertreiben. Dabei war dieser Protest in einem Antrag von den Deutschen Volksparteilern selber in der denkbar dringendsten Form und für den denkbar nächsten Zeitpunkt gefordert worden! Im Reichstage, das wußten die preußischen Volksparteiler genau, war die Möglichkeit eines solchen Protestes bisher immer wieder in Frage gestellt worden. Trotzdem beschlossen sie im Verein mit den Deutschnationalen, **daß der Ministerpräsident Braun den Protest nicht abgeben, und daß der Landtag es mit einer Rede des Präsidenten genug sein lassen sollte!** Eine so ungeheuerliche Entscheidung, daß man sich an den Kopf faßte und fragte, ob es möglich sei, daß sich in Deutschland der Parteigeist so weit verirren kann.

Man wollte aber zunächst immer noch nicht glauben, daß die nationalen Parteien diese antinationale Haltung im Plenum beibehalten werden würden. Als um 12 Uhr die Glocken den Sitzungsbeginn ankündigten, erschienen die beiden Rechtsparteien im letzten Augenblick vollzählig im Saale und spendeten dem Präsidenten des Hauses, dem Sozialdemokraten Bartels, am Schlusse seiner würdigen Ausführungen demonstrativen Beifall. Dann aber kam die unerfreuliche Sensation des Tages. Man erlebte einen Vorgang, der in der Parteigeschichte ohne Beispiel dasteht. **Die Volksparteiler und die Deutschnationalen verließen in demselben Augenblick den Saal, als der Ministerpräsident Braun aufstand, um namens der preußischen Regierung zu der Kölner Frage grundsätzlich Stellung zu nehmen.** In den Reihen des Zentrums war man zunächst verblüfft. Dann flammte die Mitte des Hauses in Empörung auf. Der Vorgang wirkte um so grotesker, als selbst bei den Volksparteilern zunächst ein Teil in richtiger Erkenntnis der Ungeheuerlichkeit des Verfahrens dem gegebenen Befehl nicht Folge leisteten wollte. Diesen Parteiprotestlern winkten ihre Freunde heftig zu. Dennoch blieben demonstrativ der bisherige Finanzminister Dr. v. Richter und die Abgeordneten Meyer (Erfurt), Lange (Oberhausen), Kriege und Dr. Wiemer im Saal. Man schickte von draußen den Abgeordneten Pinkerneil darauf noch einmal in den Saal hinein, um die fünf herauszuholen. Aber sie weigerten sich mannhaft, obgleich Herr v. Campe schließlich sogar den Fraktionsdiener ins Gefecht sandte. Herr v. Richter und die anderen vier Volksparteiler waren nämlich im Gegensatz zu ihrer Fraktion der Auffassung, **daß nationale Würde und politischer Anstand höher stehen, als die Parteipolitik.**

Die Rede des Ministerpräsidenten Braun wurde dann von dem übrigen Hause ihrer Bedeutung gemäß mit größter Aufmerksamkeit und immer wiederholtem Beifall aufgenommen. Sie stellte die wirkliche Sachlage in überzeugender Weise dar, und war ein wirkungsvoller und würdiger Einspruch gegen die schwere Rechtsverletzung, die von den Alliierten angekündigt ist. Braun nahm am Schluß den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf, indem er die Demonstration der Rechtsparteien als betrübend und widerwärtig bezeichnete. Der dröhnende Beifall im ganzen Hause durfte ihn davon überzeugen, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte, und die weitere Debatte konnte ihn in diesem Gefühl nur bestärken.

Es waren wenig erfreuliche und zwecklose Bemühungen des volksparteilichen Führers v. Campe, als er versuchte, die Haltung seiner Partei zu verteidigen. Seine Worte gingen in einem Sturm des Widerspruchs unter. Der Ministerpräsident Braun stellte dann fest, daß es einfach **die Pflicht der Regierung** war, das zu sagen, was er heute gesagt hat. Aber die Rechtsparteien scheuten selbst die Gefahr der Lächerlichkeit nicht. Sie verlassen den Saal zum zweiten Male und kehren unter dem Hohngelächter der anderen Parteien wieder zurück, als die Debatte ihren Fortgang nimmt. Die Wirkung war lediglich die, daß auf diese Weise selbst in einer Lebensfrage wie der der Kölner Zone die Zerrissenheit des deutschen Volkes wieder einmal vor aller Welt demonstriert wurde. Es war ein Verdienst, als **der demokratische Abgeordnete Schreiber** der allgemeinen Empörung über das würdelose, die Interessen des Vaterlandes verletzende Verfahren der Demonstranten einen packenden Ausdruck lieh.

Um ½2 Uhr vertagt man sich. Die Regierungserklärung war ja der einzige Punkt der Tagesordnung gewesen. Zuletzt war die Debatte nur noch ein leidenschaftliches Hin-und-Her zwischen links und rechts darüber, ob der im Aeltestenrat gefaßte Beschluß gegen Braun zu Recht bestehe oder nicht. Die nächste Sitzung wird am Mittwoch nächster Woche stattfinden. Auf der Tagesordnung steht eine Erklärung der Regierung Braun und der volksparteiliche Antrag, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Soll das Trauerspiel von heute etwa noch um einen neuen und ebenso unerfreulichen Akt verlängert werden?

(Einen ausführlichen Landtagsbericht veröffentlichen wir auf Seite 2).

*

* **Gegen den Rechtsbruch von Köln.** Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltet in Verbindung mit dem Deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge und den im Westausschuß zusammengeschlossenen landsmannschaftlichen Verbänden am Sonntag, 11. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der neuen Aula der Universität Berlin eine Kundgebung gegen Vergewaltigung von Recht und Moral.

Die Aufnahme der deutschen Antwort.

Die Vorbereitung der „endgültigen" Alliiertennote.

Beginn der Beratungen nicht vor Ende Januar. — Die Frage der Veröffentlichung der Kontrollberichte. — Die Auffassung in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 9. Januar.

Der Ton der deutschen Antwort auf die alliierte Note hat, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, in gewissen englischen Kreisen „nicht unangenehm berührt". Die deutschen Argumente seien aber nicht gebilligt worden. Mit den interalliierten Verhandlungen zur Ausarbeitung der endgültigen alliierten Note an Deutschland werde wahrscheinlich **nicht vor der dritten Januarwoche begonnen werden,** jedenfalls erst nach der Beendigung der Pariser Konferenz der Finanzminister. Vor Formulierung der nächsten alliierten Note an Deutschland würden sich wegen der „delikaten Frage", ob der endgültige Bericht der interalliierten Kontrollkommission veröffentlicht oder nicht veröffentlicht werden solle, noch eine Anzahl anderer wichtiger juristischer und politischer Fragen erheben. Der Bericht selbst werde den Alliierten offiziell kurz nach dem 10. Januar übergeben werden. Im Augenblick sei es noch ungewiß, ob diese Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen und der Botschafterkonferenz vor sich gehen würden, ohne daß persönlicher Gedankenaustausch der alliierten Außenminister sich als notwendig erweisen würde.

„Financial Times" weisen im Leitartikel darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft auswärtiges Kapital dringend nötig habe, und spricht die Hoffnung aus, daß Deutschland sich dies bei der weiteren Erörterung der Entwaffnungsfrage vor Augen halten werde. Bei einer gesunden inneren Verwaltung und Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen werde das Ausland das nötige Vertrauen haben, um den deutschen Geschäftsleuten Kredite zu gewähren. Jedenfalls stehe fest, daß die Sache der deutschen Wiederherstellung, zu der Großbritannien beizutragen wünsche, nicht gefördert werden könnte durch irgendeine Aktion, die das Vertrauen der britischen und amerikanischen Kapitalisten erschüttern würde.

Paris, 9. Januar.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote ist heute morgen in der französischen Presse vollständig veröffentlicht worden. Nur wenige Kommentare sind vorläufig zu finden; zwei seien im Auszuge wiedergegeben, weil sie ungefähr das enthalten, was über die Note in den Kreisen der Regierung und der Kammer zu hören ist. Die Zeitung „Le Radical", die nicht so radikal ist wie ihr Name, schreibt: „Die deutsche Regierung protestiert gegen die Entscheidung der Alliierten, aber bestreitet sie auch die Grundlagen dieser Entscheidung? In keiner Art! Die deutsche Regierung erkennt an, daß die Sanktion im Vertrag vorgesehen ist und sich auf den Vertrag stützt. Die Verstöße gegen den Vertrag, welche die Entscheidung rechtfertigen, werden nicht geleugnet. Die Regierung des Reiches hält sich in schikanöser Art (?) einfach darüber auf, daß die Verstöße gegen den Vertrag nicht öffentlich und offiziell angezeigt worden sind, und sie behauptet, daß ein starkes Mißverhältnis zwischen den ziemlich unwichtigen Verfehlungen und der beträchtlichen Bedeutung der Besetzungsverlängerung bestehe. Herr Stresemann bedauert, daß die notwendige Annäherung der beiden Völker nicht besser gefördert werde. Er hat vollkommen recht —, aber weshalb schlägt er nicht an die eigene Brust? Es gibt im Grunde nur ein Hindernis für die Annäherung: die traurige Tatsache, daß in Deutschland noch immer der Geist des Imperialismus über die Vernunft triumphiert."

Wer die Note mit dieser Kritik vergleicht, wird die französische Antwort nicht stark finden. Aber auch die „Ere Nouvelle" sagt, nachdem sie am Anfang ihres Kommentars den ruhigen und sachlichen Ton der deutschen Antwort hervorgehoben hat: „Die These der Wilhelmstraße ist klug, aber sie ist nicht sehr fest gestützt. Es scheint, daß Herr Stresemann über die Abrüstung nur mit einiger Schwierigkeit sprechen kann. Das Hauptargument der Reichsregierung ist ein Einwand gegen die Art des Vorgehens. Die Einseitigkeit der alliierten Feststellungen wird bemängelt. Dieser Einwand hat Wert; aber es bleibt doch wahr, daß die Tatsachen an sich nur etwas zaghaft bestritten werden. Nach unserer Meinung sollten die Leiter der deutschen Politik sich Mühe geben, etwas weiter zu sehen. Sie sollten den Alliierten keine Erklärungen vormachen, sondern sich zu Taten erbieten. Es ist richtig, daß die Verlängerung der Besetzung die Beruhigung Europas aufhält. Aber es ist ebenso richtig, daß die Fortdauer der nationalistischen Revanchestimmung in Deutschland den Erfolg der französischen Politik gestört hat, die ernstlich darauf ausging, das Rheinland so rasch wie möglich zu räumen.

In der Umgebung Herriots wird ein deutliches Urteil über die Note vermieden, um, wie betont wird, keine nutzlose Polemik in der Presse zu unterstützen. Es wird daran erinnert, daß Herriot in seiner ersten Kundgebung im Mai 1924 bereits auf die Wichtigkeit der Abrüstung Deutschlands aufmerksam gemacht und mit der Wichtigkeit dieser Frage die Wahl des Generals Nollet zum Kriegsminister begründet habe. Es wird gesagt, daß Herriot während seiner ganzen Regierungszeit von dieser Linie nicht abgewichen sei; daß Ramsay MacDonald in dieser Beziehung die Meinung seines französischen Kollegen geteilt habe; daß beide Premierminister sich Mühe gegeben hätten, durch den Völkerbund die Beruhigung Europas zu erreichen und Deutschland zum Eintritt in den Bund zu gewinnen; und daß auf alle diese ehrlich gemeinten Versuchen die deutsche Reichsregierung „ausweichende Antworten" gegeben habe. Es wird bedauert, daß die Wahlbewegung in Deutschland die Sorge um die Frage der äußeren Politik solange zurückgedrängt habe, und daß die Ergebnisse der Wahl nicht eine demonstrative Stärkung der demokratischen Politik gebracht hätten. In diesem Falle hätte die Räumungsfrage selbst nach der von allen Verbündeten für nötig gehaltenen „Feststellung der deutschen Verstöße" erheblich leichter geregelt werden können. Nach dem Urteil einflußreicher französischer Politiker müsse das energische Bestreben der deutschen Politik auf zwei Ziele gerichtet sein: Es müßten die Berichte der Ueberwachungskommission veröffentlicht werden, und zwar nicht bloß die Berichte über die letzten Wochen, sondern zum mindesten auch ein Auszug aus den Berichen über die vorausgegangenen 1800 Besuche; und es müsse darauf bestanden werden, daß Deutschland bei den Verhandlungen der Alliierten über den Schlußbericht gehört werde. Beides lasse sich erreichen, wenn eine deutsche Regierung befunden sei, die als eine Bürgschaft für ehrliche Friedensbereitschaft betrachtet werden könne.

New-York, 9. Januar.

Die „New York Times" schreiben zur deutschen Antwortnote über die Kölner Frage, es sei begrüßenswert, daß die deutsche Regierung offenbar eine freundschaftliche Verständigung erstrebe und die unvernünftige Haltung der extremen Nationalisten nicht billige. Sollte der Bericht der Kontrollkommission, dessen baldige Veröffentlichung zu wünschen sei, nicht den schlüssigen Nachweis erbringen, daß Deutschland neue ernste Kriegsvorbereitungen treffe, so liege es im Interesse aller Beteiligten, die alliierten Truppen so schnell wie möglich aus dem Ruhrgebiet und der Kölner Zone zurückzuziehen.

Preußens Protest gegen die Alliiertennote.

Ministerpräsident Braun gegen die „unsubstantiierten Beschuldigungen".

Der Verlauf der Landtagssitzung.

Eine widerwärtige Demonstration. — Fünf aufrechte Volksparteiler.

3. Sitzung. Freitag, 9. Januar, 11 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung der stark besetzten Sitzung steht als einziger Punkt:

Kundgebung des Landtages gegen die rechtswidrige Verlängerung der Besetzung der ersten Zone des altbesetzten Gebietes im Westen.

Präsident **Bartels** eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einer Protesterklärung. Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, hören die Erklärung stehend an. Die Kommunisten unterbrechen schon die ersten Sätze mit lauten Rufen: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" „Ihr verschachert uns an die Ententekapitalisten!"

Präsident **Bartels** führt aus: Die alliierten Regierungen haben der deutschen Reichsregierung durch Kollektivnote mitgeteilt, daß „Deutschland die im Artikel 429 vorgesehenen Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Vergünstigung der Bestimmung über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig werden zu können." Für diese Behauptung werden Gründe angeführt, die nur als Vorwände bezeichnet werden können. Nach Artikel 429 des Versailler Friedensvertrages war für die Besetzung der ersten Zone ein Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Aus der Note der alliierten Regierung ist klar zu folgern, daß die erste Zone nicht geräumt werden soll, weil sonst die Okkupationsarmee in den rechtswidrig besetzten Gebieten von Rhein und Ruhr von Frankreich abgeschnitten werde. So soll den bisherigen Rechtsverletzungen eine neue angefügt werden. Die Begründung ist lediglich eine Bemäntelung dieses Tatbestandes. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwortnote die Beschuldigungen zurückgewiesen und gegen die Absicht der Verlängerung der Besetzung entschieden Verwahrung eingelegt. Sie hat die Besetzung eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages genannt, für die in den letzten Jahrhunderten der Geschichte kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein werde. Sie hat darauf hingewiesen, daß Maßnahmen dieser Art niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert haben und daß, wenn die Alliierten die Besetzung jetzt noch verlängern wollen über die vertragsmäßige Dauer hinaus, sie **dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzen** und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttern. Der preußische Landtag schließt sich am Vorabend des Tages, der ganz Deutschland mit neuer Empörung erfüllen muß, diesem Proteste vollinhaltlich an. Der Krieg und die Kriegsfolgen haben von Preußen die schwersten und meisten Opfer verlangt. Ganze fruchtbare Provinzen und wirtschaftlich wichtige Grenzländer im Norden und Süden, im Osten und Westen, die für preußische Kultur und Volkswirtschaft von der größten Bedeutung waren, sind durch den Ausgang des Krieges verloren gegangen. **Das Rheinland, eine der blühendsten preußischen Provinzen, ist seit Kriegsende der Willkür fremden Machtwillens preisgegeben.** Das Saargebiet ist wider alles Recht tatsächlich fast ganz dem deutschen Einfluß entzogen. Die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebiets und der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ist immer noch nicht rückgängig gemacht. Jetzt sollen auch noch die im Versailler Friedensvertrag festgesetzten Räumungsfristen unter vorgeschützten Gründen verlängert werden. **Gegen diesen Gewaltakt legt der Landtag als die Vertretung des preußischen Volkes entschiedenste Verwahrung ein.** Im Kampfe um die Befreiung der Westmark gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Das Reich und Preußen, das ganze deutsche Volk werde diesen Kampf bis zum guten Ende kraftvoll durchführen. Der Bevölkerung der besetzten Gebiete aber versichert der Landtag seine höchste Anerkennung und stete Bereitschaft, ihr in ihren Leiden beizustehen. Der Landtag dankt ihr für ihre auch in schwersten Zeiten bewährte treue deutsche Gesinnung.

Ministerpräsident Braun.

Die preußische Staatsregierung schließt sich den Erklärungen des Herrn Landtagspräsidenten, hinter denen die übergroße Mehrheit des Hauses steht, vollinhaltlich an. Auch sie ist der Ansicht, der schon die Reichsregierung Ausdruck gegeben hat, daß allgemein gehaltene Angaben und unsubstantiierte Beschuldigungen nicht genügen, um eine Maßnahme von solcher Tragweite zu rechtfertigen, wie sie die Hinauszögerung der Räumung der ersten Kölner Zone darstellt. Selbst wenn vieles von dem bewiesen werden könnte, was in der Note der Besatzungsmächte angedeutet und behauptet wird, so würde es nichts ändern an der unbestreitbaren Tatsache, daß Deutschland entwaffnet ist und den Sinn des Versailler Vertrages erfüllt hat. Die Durchführung dieser Aufgabe war um so schwieriger, als sie im seelischen Kampf mit den Empfindungen eines starken und lebenskräftigen Volkes erfolgen mußte, das vergeblich darauf wartete, daß auch die anderen Staaten, ihrem Versprechen gemäß, mit der Abrüstung begönnen. Eine militärische Gefährdung Frankreichs, das heute über die stärkste Armee Europas verfügt und über alle technischen Kriegsmittel der Neuzeit, kann ernsthaft auch aus den behaupteten, aber bisher unbewiesenen Verfehlungen nicht hergeleitet werden. Die preußische Staatsregierung sieht sich genötigt, all dies mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil es wieder einmal Teile der schon so schwer geprüften preußischen Rheinlande sind, die die harten Folgen und Lasten aus der wider Erwarten fortdauernden Besetzung zu ertragen haben. Immer wieder ist es diese schöne Provinz, dieser älteste deutsche Kulturboden, sind es die in opferwilliger Treue an Preußen und am Reiche hängenden Rheinländer, die den Tag nun wieder hinausgezögert sehen, an dem sie in Freiheit atmen und leben können. Die preußische Staatsregierung ist sicher, daß auch diese neue schwere Prüfung, die wir noch nicht als unabänderlich hinnehmen können und wollen, von den Rheinländern mutig und standhaft ertragen werden wird.

Wir wissen, daß nichts, und auch nicht die Androhung der weiteren Besetzung, imstande sein wird, das Gefühl der ewigen und festen Verbundenheit mit Preußen und dem Reiche zu lockern. Um so mehr, als unsere rheinischen Brüder überzeugt sein können, daß ganz Preußen und Deutschland sich in dieser Stunde doppelt brüderlich mit ihnen geeint fühlt.

Die preußische Regierung wird, das ist eine Selbstverständlichkeit, die kaum noch der Erwähnung bedarf, alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Los der betroffenen Bevölkerung zu erleichtern. Sie wird bestrebt sein, die Reichsregierung mit allem Nachdruck in dem Bemühen zu unterstützen, im Wege der Verhandlungen die baldige Räumung der ersten Zone und mit ihr auch des widerrechtlich besetzten Ruhrgebiets zu erwirken. Der Redner schließt: Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Zerrissenheit in unserem Volke, die sich eben in so betrübender und widerwärtiger Weise demonstriert hat, überwunden wird und wenigstens in dieser nationalen Frage eine Einheitsfront des ganzen Volkes hergestellt wird. (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Als Ministerpräsident Braun seine Rede begann, erhoben die Kommunisten tobenden Lärm. Die Deutschnationalen und die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei verließen unter stürmischen Pfuirufen der Mitte den Saal.

Während nach dem Schluß der Rede des Ministerpräsidenten die Abgeordneten der Rechten wieder im Saale erscheinen, nimmt der nationalsozialistische Abg. **Körner** das Wort. Er protestiert dagegen, daß Ministerpräsident Braun im Namen des preußischen Volkes spreche, obwohl er nicht neugewählt sei. **Zwischen den Abgeordneten der Rechten und der Linken werden Schmährufe gewechselt. Der Lärm steigert sich immer mehr.** Ein Kommunist ruft: „Das ist ja eine feine Kundgebung!"

Als dann der Kommunist **Kerff** in einer Erklärung die Freilassung der politischen Gefangenen fordert, hält die Unruhe an.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. **Winckler**, der dann das Wort nimmt, wird gleichfalls mit großem Lärm empfangen. Der Redner erklärt, fortdauernd von den Zwischenrufen der Linken lebhaft unterbrochen, daß diese Kundgebung, die in Würde die Einigkeit des deutschen Volkes gegenüber den Gewaltmaßnahmen der Entente zeigen sollte, auf das heftigste gestört worden sei dadurch, daß der preußische Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Regierungserklärung genommen habe, obwohl er nicht mehr dazu berechtigt sei, und der Aeltestenrat auch dagegen gewesen sei. (Großer, anhaltender Lärm im ganzen Hause. **Die Sturmszenen dauern minutenlang an,** der Präsident vermag nur mühsam die Ruhe wiederherzustellen. Der Sturm setzte aber immer wieder von neum ein, so daß der Redner schließlich unter lebhaften Bravorufen auf der einen Seite und lebhaften Pfuirufen auf der anderen Seite die Rednertribüne verläßt.)

Mit großer Unruhe und wildem Geheul der Kommunisten empfangen nimmt dann der Abg. **Wulle** (Nat.-Soz.) das Wort.

Der Redner erklärt, der Landtag habe sich zu einem Einspruch gegen die weitere Vergewaltigung des Rheinlandes wie überhaupt der besetzten Gebiete hier eingefunden, aber er und seine Freunde seien der Ansicht, daß papierne Proteste gegen solches Vorgehen der Entente nichts nützen. (Der Redner wird hierbei durch fortgesetzte Unterbrechungen aus der Mitte am Weitersprechen gehindert.) Nachdem es wieder etwas ruhiger geworden ist, erklärt er, daß seine Partei der Ansicht sei, daß durch die Parteien, die den Dawes-Plan zur Annahme gebracht haben, erst die Möglichkeit geschaffen wurde zu weiteren Vergewaltigungen. Deshalb hätten sie nicht das Recht, hier mit sittlichem Pathos zu protestieren. Es handele sich bei Ihnen um Worte, um nichts als Worte. Bei Beendigung seiner kurzen Erklärung erhebt sich ein tosender Lärm.

Darauf nimmt der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. **Dr. v. Campe,** ebenfalls mit großem Lärm empfangen, das Wort. Er erklärt, daß am Vorabend des Tages, wo die Entscheidung über das Schicksal des Rheinlandes fallen solle, die Einmütigkeit des Hauses hätte bestehen müssen. Sie sei aber in der Hauptsache dadurch gestört worden, daß der preußische Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgegeben habe, denn damit habe er den Zwiespalt in die Parteien erst recht hineingetragen. Der Ministerpräsident hätte, da auch der Aeltestenrat gegen diese Erklärung war, im Interesse eines würdigen Verlaufs der Kundgebung auf das Wort verzichten müssen. An unserer Auffassung, daß ein Geschäftsministerium keine Berechtigung mehr hat, Regierungserklärungen abzugeben, halten wir nach wir vor fest. In dieser Beziehung halten wir das politische Moment für noch wichtiger, als das verfassungsrechtliche. Der Redner schließt unter Beifall und Lärm mit den an den Ministerpräsidenten gerichteten Worten: „Sie haben mit Ihrer Rede Zwietracht getragen in das preußische Volk!" (Stürmische Zustimmung rechts).

Als Ministerpräsident Braun sich zur Erwiderung erhebt, verlassen die Abgeordneten der Rechten einschließlich der Volkspartei wiederum unter Zurufen der Linken den Saal.

Ministerpräsident Braun erklärt: Von dem vorher erwähnten Beschluß des Aeltestenrates ist der Regierung offiziell keine Kenntnis gegeben worden. Wenn der preußische Landtag auf seine Tagesordnung eine Kundgebung gegen die rechtswidrige Weiterbesetzung der Kölner Zone setzt, so wäre es auch ganz unmöglich, daß die preußische Staatsregierung dabei schweigt; denn es handelt sich hierbei um eine der ernstesten Fragen für Preußen, und die preußischen Minister, bekleiden ihre Aemter verfassungsmäßig mit vollem Recht. **Sie haben darum nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu dieser ernsten Angelegenheit Stellung zu nehmen.** Dem Abgeordneten v. Campe muß ich

ch seinem Auftreten und dem heutigen Auftreten seiner Partei s Recht absprechen, mir Vorhaltungen über Takt zu machen. Wer ute an diesem Tag nationaler Trauer Zwietracht in das olk getragen und den würdigen Verlauf der Kundgebung tört hat, das überlasse ich dem Urteil der Oeffentlichkeit. (Beifall fs.)

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Braun füllt sich das us wieder. Das Wort nimmt.

Abg. Dr. **Schreiber** (Dem.), um auszuführen: **Ich stelle mit dauern fest, daß in dieser Stunde nationaler Trauer e Parteigeist über den Geist nationaler Volksgemeinaft triumphiert hat.** Wir hatten gehofft, daß mit Rücksicht das Volk an Rhein und Ruhr der Streit über die Reerung von allen Seiten zurückgestellt werden würde zu der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Braun in e Aussicht gestellt hat.

Es entwickelt sich dann unter fortdauernder Unruhe ein Streitischen den Sozialdemokraten und den Abgeordneten der Rechten über, ob der Beschluß des Aeltestenrats formell chtig gefaßt worden sei. Mehrere Redner erklären, eine Abmmung habe nicht statgefunden, aber der Präsident Bartels habe Willen der Mehrheit festgestellt, daß der Ministerpräsint nicht sprechen solle.

Präsident **Bartels** teilt dann mit, daß das Ergebnis der gestern genommenen Beisitzerwahl noch nicht festgestellt werden konnte.

Gegen ½12 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch nächster che, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die tgegennahme einer Erklärung der Regierung.

„Ein Unding."

Verspätete außenpolitische Einsicht der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei gibt sich die größte ühe, jede stabile Regierung unmöglich zu achen. In Preußen hat sie es fertiggebracht, die große alition, deren nationale Verdienste sie mit warmen Worten erkennt, zu zerschlagen, und nur die Festigkeit des Zentrums t eine Krise in Preußen verhütet. Im Reiche hat die Volksrtei die große Koalition, die über eine starke Mehrheit vergt, ebenso abgelehnt wie die Koalition der bürgerlichen itte, der das Vertrauen des Reichstags gesichert war. Den mühungen des Reichskanzlers Marx, trotzdem eine Regieng zu bilden, insbesondere mit Rücksicht auf die außenolitische Situation, widersetzt sich das Organ des ußenministers Dr. Stresemann, der von Amts wegen s außenpolitische Interesse Deutschlands in erster Linie zu ahren hätte. Gegen ein von Zentrumsmitgliedern, Demoaten und bisherigen Staatssekretären gebildetes Kabinett treibt die „Zeit" heute folgendes:

„In der außenpolitischen Lage, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, sollte es ein Unding sein, die deutsche Regierung auf eine so schmale parlamentarische Basis zu stellen und sie in wichtigsten Aemtern mit parlamentarisch ungeschulten Beamten zu besetzen."

Gewiß ist die jetzige Situation ein „Unding", besonders n der außenpolitischen Lage, in der Deutschland sich augenicklich befindet". Aber dieses „Unding" ist von der Deutgen Volkspartei verschuldet, und die Partei Stresemanns t sich um die außenpolitische Lage bisher keine Minute ümmert. In demselben Moment, in welchem die deutschtionale Presse über die Antwortnote Stresemanns in höhscher Weise herfällt, läuft die Partei Stresemanns den eutschnationalen unermüdet nach. Denselben Deutschnationalen, die vorgestern in den Berliner Kammersälen nach nem Vortrag des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten r. Everling „auf Grund des Magdeburger Urteils en sofortigen Rücktritt des vorläufigen Reichsräsidenten" gefordert und die Kundgebung der eichsregierung, an der die volksparteilichen Minister r. Stresemann und Dr. Jarres bekanntlich hervorgend beteiligt waren, „verurteilt" haben. Die Methode, uf jeden Fußtritt mit neuem Schweifwedeln u antworten, hat die Deutsche Volkspartei in das parmentarische Leben Deutschlands eingeführt.

Verhaftete Geheimbündler.

Eine verbotene Roßbach-Organisation in Halle ermittelt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

▲ **Halle,** 9. Januar.

Das Polizeipräsidium in Halle macht bekannt, daß die ollesche Polizei eine verbotene Roßbach-Organisation ermittelt habe. Viel Material, darunter in Brief an Roßbach, mit einer Deckadresse in alzburg und ein Bund Dietriche wurden beschlagnahmt. cht Mitglieder wurden verhaftet. Ferner habe man rei ehemalige Mitglieder des Wikingbundes, egen die schon ein Verfahren wegen Geheimbündelei, Betruges und rkundenfälschung schwebt, abgefaßt, als sie als Gründer eines euen Kampfbundes mit gefälschten Listen und Pässen im Freistaat achsen Geldbeträge einsammelten. Auch sie wurden dem Gericht ugeführt.

Das Erste und Wichtigste.

Wiederanbringung der Fürstenbilder im Münchener Rathaus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 9. Januar.

Der neue Münchener Stadtrat hat als seine erste Tat mit den Stimmen der nationalen Wahlgemeinschaft und der neubildeten nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft gegen die Stimmen der Kommunisten, Demokraten und Sozialdemokraten die Wiederanbringung der bayerischen Fürsten- und Königsbilder beschlossen, die auf Veranlassung der früheren ozialdemokratischen Stadtratsmehrheit aus den Räumen des Rathauses entfernt worden waren. Der gleichfalls beschlossenen Wiederaufstellung der Bismarck-Büste im Sitzungssaal stimmten auch die Demokraten zu.

Die Hetze gegen den Reichspräsidenten.

Eine neue Richtigstellung.

In verschiedenen Rechtsblättern war die Behauptung aufgestellt worden, daß der Reichspräsident enge freundschaftliche Beziehungen zu Barmat gehabt habe. Trotzdem detaillierte Dementis von zuständiger Seite diese Hetze gegen den Reichspräsidenten hätten zum Schweigen bringen müssen, wird neuerdings damit aufgewartet, daß Barmat von dem Reichspräsidenten ein Bild mit einer eigenhändigen Widmung erhalten habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichspräsident sich nicht entsinnen kann, jemals ein Bild mit oder ohne Widmung Herrn Barmat überreicht zu haben.

*

* Die Meldungen der deutschnationalen Presse wonach gegen weitere Beamte, insbesondere den Reichspostminister Dr. Höfle, den Ministerialdirektor Dr. Abegg, den Polizeipräsidenten Richter und dessen Privatsekretär Stöcker von der Staatsanwaltschaft ein Ermittelungsverfahren eingeleitet worden sei, treffen, einer Mitteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes zufolge, nicht zu.

Die Leistungen der Reichsbahn.

Eine Ansprache Oefers.

Die finanziellen Lasten der Reichsbahn. — Tarife und Selbstkosten. — Die Ausbesserung des Oberbaues und die Ausstattung der Personenwagen.

Der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft, Oefer, hatte zu gestern abend, wie wir schon mitgeteilt haben, Einladungen an die Presse zu einem Bierabend ergehen lassen. Dabei hielt er eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Mein erster Wunsch an die Herren geht dahin, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft nicht als Aktiengesellschaft zu bezeichnen. Die Reichsbahn ist keine Aktiengesellschaft, sie hat keine Aktieninhaber, sondern nur einen Inhaber der Stammanteile, das ist das Deutsche Reich. Die Deutsche Reichsbahn ist eine Gesellschaft, die dem deutschen Volke gehört und die in diesem Sinne mit dem Deutschen Reiche identisch ist.

Sodann ist uns in letzter Zeit ein Vorwurf gemacht worden, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft thesauriere, daß wir Gelder aufhäuften, die wir nicht brauchten.

Wir haben sehr schwere Zeiten hinter uns. Wir sind aus dem Reichsverbande entlassen worden mit einer negativen Mitgift und mit einer hypothekarischen Last von ungeheurer Höhe. Deshalb mußte es mein Bestreben sein, die Reichsbahn sobald wie möglich reparationskräftig zu machen. Das ist mir dank meinen Mitarbeitern im großen und ganzen auch gelungen. Die Reichsbahn hat bereits im ersten Jahre eine **Reparationsschuld** von 200 Millionen zu entrichten, im nächsten Jahre von 595 Millionen und in Normaljahren von 1000 Millionen. Bei der Riesenausdehnung unseres Unternehmens und bei den vielen beschäftigten Köpfen — auch heute noch 700 000 bis 800 000 Mann —, bei der Notwendigkeit, Neubauten usw. vorzunehmen, haben wir natürlich vorübergehend etwas Geld, sonst könnten wir überhaupt nicht wirtschaften. Dieses Geld haben wir auch selbständig bewirtschaftet, d. h. wir haben es zu vorübergehend kurzfristigen Anlagen benutzt, um einmal der Wirtschaft Kredit zuzuführen und auf der anderen Seite auch Zwischengewinne zu machen. **Aber in die Angelegenheiten finanzieller Natur, die gegenwärtig die Gerichte und die Oeffentlichkeit beschäftigen, ist die Deutsche Reichsbahn in keiner Weise, weder direkt noch indirekt verflochten.** Was wir an Krediten herausgegeben haben, ist in der vorsichtigsten Form gegeben worden, immer unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft und unter fachmännischer Mitwirkung.

Die Tariffrage.

Gewissenlos und verbrecherisch leichtsinnig wäre es, wenn ich nicht rechtzeitig Sorge tragen würde, daß die Reparationslasten rechtzeitig abgetragen werden können. Wir müssen sorgfältig finanziell dispponieren, um rechtzeitig und pünktlich zahlen zu können, weil ich sonst das beste Eigentum, das dem deutschen Volke noch geblieben ist, die deutsche Reichsbahn, aufs Spiel setzen und dem fremden Einfluß ausliefern würde. Hiermit hängt im Kern **die Tariffrage** zusammen. Es war eine Fülle von Vergleichszahlen veröffentlicht, die z. T. richtig, z. T. falsch sind. Es ist ungemein schwer, die gegenwärtigen Tarife mit den Tarifen vor dem Kriege zu vergleichen. Das hat im wesentlichen drei Ursachen. Einmal ist das ganze Tarifgebäude anders geworden. Die Güterklassifizierung ist verändert worden. Es ist eine Nachprüfung im Gange, ob diese Klassifikation unter den jetzigen Verhältnissen zutreffend bleibt oder ob da und dort Erleichterungen gegeben werden können. Die zweite, noch wichtigere Ursache, ist die Einführung der Staffeltarife, die von der Wirtschaft schon lange erstrebt worden sind. Solange wir Staatsbahnen hatten, konnten sie nicht eingeführt werden, denn jedes Land rechnete sich aus, daß die Tarife für seine Verhältnisse ungünstig waren. Die Staffeltarife beruhen darauf, daß unsere Transporte um so billiger werden, je länger sie andauern, d. h. je längere Strecken sie durchmessen. Deshalb war es notwendig, die nahen Entfernungen höher zu belasten. Dadurch ist eine vollständige Vergleichsmöglichkeit geschaffen worden, soweit sie allgemeiner Natur sind. Dazu kommt hinzu, daß während des Krieges eine Verkehrssteuer eingeführt worden ist, eine Verkehrssteuer, die uns zunächst mit 250 Millionen der Entente gegenüber belastet, auf die Dauer aber mit 290 Millionen. **Diese Verkehrssteuer muß solange erhoben werden, wie die Reparationspflicht dauert, und sie wird immer die Tarife nach oben drücken.** Wir haben im Personentarif eine Erhöhung von ungefähr 130 bis 135 Prozent. Rechnen Sie die billigste Klasse, die 4. Klasse, bei der 10 Prozent Verkehrssteuer zu erheben sind, so macht das schon 13,5 Prozent für die Verkehrssteuer, und wir haben nur eine tatsächliche Erhöhung von 121,5 Prozent. Noch ungünstiger rechnet sich dies für die Reichsbahn bei der 3. Klasse, weil hier 12 Prozent Verkehrssteuer erhoben werden; wir bekommen hier 118,80 Prozent des Friedens.

Was die **Selbstkosten der Eisenbahn** anlangt, so wird die allgemeine Weltteuerung mit 25 Prozent angenommen. Darüber hinaus haben wir für unsere eigenen Bedürfnisse erheblich höhere Preise zu zahlen: für die Kohle 140 Prozent des Friedenspreises, für die Schmieröle 153 Prozent, Kupfer 160 Prozent, Stahlblech und Werkzeugstahl 140 Prozent, Roststäbe 200 Prozent, Farben 200 Prozent, Textilien und Leder 175 Prozent. Wir liegen also mit unseren Tarifen vielfach unter dem Preise, den wir für die hauptsächlichsten Bedarfsartikel der Reichsbahn anlegen müssen. Dazu kommen die Personalkosten. Wir haben eine der härtesten Maßnahmen durchführen müssen, die je in der Geschichte eines industriellen Unternehmens sich ereignet hat, den Personalabbau, der bei uns die ungeheure Größe von 300 000 Menschen angenommen hat. Nichtsdestoweniger sind die Personalkosten auch heute noch relativ hoch. Die Kopfkosten waren im Jahre 1913 1588 Mark, am 1. Januar 1925 2243 Mark. Wir hatten vor dem Kriege eine Belegschaft von 692 700 Mann mit einem Kostenaufwand von 1,1 Milliarden; wir haben nach dem Anschlag für 1925 eine Belegschaft von 770 000 Mann mit einem Kostenaufwand von 1,727 Milliarden. **Wir zahlen also für unser Personal rund 160 Prozent dessen, was wir im Frieden gezahlt haben.** Die Selbstkosten des Tonnenkilometers beliefen sich im Jahre 1913 auf 2,08 Pfennig, 1924 auf 3,66 Pfennig. Der Personenkilometer kostete 1913 2,60 Pfennig, 1924 3,01 Pfennig; hier ist nur eine Steigerung von 16 Prozent vorhanden. Der Personenverkehr bedeutete in Deutschland immer ein Defizit für die Reichsbahn, da man nie die Tarife mit den Selbstkosten in Einklang brachte. Das ist jetzt in der Hauptsache durch die letzte Erhöhung der Tarife geschehen, aber auch dadurch, daß wir eine Reihe von Personenzügen haben ausfallen lassen, daß wir den Nachtbetrieb vielfach eingestellt haben, daß die Züge nicht mehr an allen Stationen halten. Hätten wir nicht überall die Ausgaben eingeschränkt, so würden wir mit den heutigen Tarifen nicht auskommen.

Nun sind wir auch auf dem Gebiete der Tarife nicht untätig gewesen. Ich habe **dreimal eine allgemeine Tarifermäßigung** einführen lassen, einmal von 8 Prozent, zweimal von je 10 Prozent, dazu eine Ermäßigung für die gedeckten Wagen von 50 Prozent, was für die höherwertigen Güter einer allgemeinen Tarifermäßigung gleichkommt.

Was die **Ausbesserungswerkstätten** anbelangt, so war der Zustand, den ich 1919 als preußischer Eisenbahnminister vorfand, eigentlich grauenhaft. Ein Material, von dem jede einzelne Type für sich durchorganisiert war, keine Typisierung, keine Normalisierung. In den Ausbesserungswerken herrschte ein rein handwerksmäßiges Wursteln, indem jeder gebrochene ruinierte Teil eigens hergestellt wurde. Hier sind wir mit der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsführung vorgegangen und haben ganz methodisch das Arbeitsgebiet durchgearbeitet mit dem Erfolg, daß **während wir vor dem Kriege für eine Lokomotivreparatur im Durchschnitt 108 Tage gebraucht haben, wir heute die gleiche Reparatur in 30 bis 40 Tagen fertigstellen.** Eine Reihe von Werkstätten ist überflüssig geworden, die bisherige Belegschaft kann nicht mehr beschäftigt werden. Man versucht, sozial zu mildern, was man mildern kann. Aber an dem Grundergebnis kann sich nichts ändern.

Die Verbesserung der Verkehrsmittel.

Zurückgeblieben sind wir aus Mangel an Mitteln und vielleicht auch an Kräften auf zwei Gebieten. Das eine ist der **Oberbau,** also der Schienenkörper und die Brücken. Hier sind die **Kriegsschäden noch nicht beseitigt** worden, und es ist meine Absicht, gerade hier mit aller Energie vorzugehen, natürlich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Wir bauen in diesem Jahre außer verschiedenen Brücken 3000 Kilometer um und werden auch hier bald auf den Friedensstand kommen. Zurückgeblieben ist noch das **Material, das wir für die Personenzüge brauchen.** Auch hier werden wir in der nächsten Zeit erhebliche Fortschritte machen. **Wir werden die Spiegel wieder einbauen, wir werden wieder Seife und Handtücher hineingeben in der Voraussetzung, daß auch das Publikum wieder etwas gelernt** hat. Wir haben neue 4. Klasse-Wagen, die ausgezeichnet sind, wir bauen das **elektrische Licht in sämtlichen D-Zügen** ein. Wir werden in einzelnen Verkehrsverbindungen vorgehen mit dem Versuche, die **Zugtelephonie** in das Leben einzuführen, zunächst werden die Strecken Berlin—Hamburg, Berlin—Frankfurt und, glaube ich, Berlin—Köln, versuchsweise mit Telephonanlagen ausgestattet werden. Viele Güter der ganzen Welt können oder müssen einmal durch Deutschland kommen, deshalb ist die internationale Welt an dem Zustand unseres Verkehrswesens interessiert. Wir wollen also, sobald wir unseren Oberbau wieder in Ordnung haben, auch **friedensmäßige Schnelligkeiten** im Zugverkehr wieder herstellen. Wir haben vor dem Kriege eine Durchschnittsschnelligkeit unserer D-Züge von 67 Kilometern in der Stunde gehabt. 1920 haben wir nur 50 Prozent der Züge verkehren lassen und die Schnelligkeit war auf 51 Kilometer gesunken. Im Jahre 1924 waren wir wieder auf 65 Prozent der Züge gekommen mit einer Durchschnittsschnelligkeit von 56 Kilometern. 1925 hoffen wir auf 72 Prozent der Züge zu kommen. Wir wollen bereits **im Sommer dieses Jahres wieder zwei wirkliche Schnellzüge** einführen, den einen auf der Strecke Berlin—Hamburg mit 73,6 Kilometern und den andern auf der Strecke Berlin—Köln mit 73,1 Kilometern. Das soll nur ein Anfang sein in dem Streben, so viel wie möglich unsere Züge zu beschleunigen. Wenn Sie einen Vergleich mit den ausländischen Zügen ziehen wollen, so haben wir eine Zuggeschwindigkeit von 56 Kilometern im Durchschnitt, Frankreich von 61,8 Kilometern, England von 65 Kilometern.

Die **Fenstervorhänge** sind in den D-Zügen schon wieder eingeführt; sie werden bis zum Sommer auch wieder in den Personenzügen eingeführt werden, Roßhaarläufer in den Wagen sind angeordnet. 90 Prozent der Güterwagen sind mit der Kunze-Knorr-Bremse ausgestattet. Die letzten 10 Prozent werden bis zum Frühjahr eingebaut sein. Kühlwagen haben wir zum Teil im Bau, zum Teil schon eingeführt.

Nun sagt man, daß eine Herabsetzung der Tarife eine Erhöhung der Einnahmen nach sich ziehen müsse, es ist möglich, daß ein derartiges Experiment einmal gelingen kann. Aber niemand vermag vorher zu sagen, ob es gelingt. Es könnte gemacht werden, wenn eine dritte Stelle vorhanden wäre, die ihrerseits das Risiko übernimmt, industrielle Organisationen oder der Herr Finanzminister. Ich bin aber überzeugt, daß ich von beiden Teilen ein Nein hören würde.

Was ich Ihnen zeigen wollte, ist, daß wir nicht schlafen. Wir müssen finanziell vorsichtig operieren, weil wir auch genötigt sind, gesetzliche Rücklagen zu machen. Wenn ich davon gesprochen habe, daß wir **schon im nächsten Jahre 595 Millionen allein an Reparationslasten** zu zahlen haben neben der Verkehrssteuer, so muß ich noch hinzufügen, daß wir auch verpflichtet sind, als **gesetzliche Rücklage mindestens 100 Millionen** für den Eingang der Reparationslasten zu zahlen, eine Summe, die also dem noch hinzuzurechnen wäre. Unverständiges wollen wir nicht. Wir betrachten uns als ein sehr großes, sehr wichtiges mit der deutschen Wirtschaft unbedingt verflochtenes Unternehmen, das nur geführt werden kann mit einer gewissen Großzügigkeit, mit einer fortwährenden Rücksichtnahme auf den Verkehr, mit anständigen Grundsätzen.

Abreise des Staatssekretärs Trendelenburg

Staatssekretär Trendelenburg fährt heute nach Paris zurück. Die Verhandlungen mit den französischen Bevollmächtigten über den deutsch-französischen Wirtschaftsvertrag werden morgen wieder aufgenommen. Wie bisher, werden auch in Zukunft die Verhandlungen rein von wirtschaftlichen Momenten getragen werden. Die deutschen Bevollmächtigten werden alles vermeiden, was einer Ausnützung der politischen Lage ähnlich sehen könnte. Das muß besonders deswegen betont werden, weil das Reichskabinett, dem Staatssekretär Trendelenburg gestern Vortrag gehalten hat, die Ansicht aller Wirtschaftssachverständigen teilt, daß das von Frankreich vorgeschlagene Provisorium in dieser Form für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar ist.

Primo de Riveras Rückkehr nach Madrid.

In Marokko alles ruhig.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

VA **Madrid,** 9. Januar.

General Primo de Rivera wird am 21. Januar aus Marokko in Madrid eintreffen. Er will den Geburtstag des Königs hier verbringen und dann nach Tetuan zurückkehren. Seine Freunde raten ihm, in Madrid zu bleiben, da in Marokko die Hauptarbeit getan sei. Tatsächlich scheint in Marokko augenblicklich alles ruhig zu sein. Der Aufstand der Andscheras wird mit größter Strenge unterdrückt. Hier sieht man den kommenden politischen Vorgängen mit äußerster Spannung entgegen. Sicher ist nur das eine, daß Primo de Rivera an der Spitze der Regierung bleibt.

* Der **Reichspräsident** empfing heute den Präsidenten der Zionistischen Organisation Professor Weizmann und ließ sich von ihm über die Fortschritte des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina unterrichten.

Die Untersuchung des Autobusunglücks.

Schuldfrage und Ursachen.

An der Ecke des **Lützowufers und der Genthiner Straße,** dem Schauplatz des gestrigen Autobusunglücks, waren noch in den Morgenstunden des heutigen Tages die Spuren zu sehen. Glassplitter und Holzstücke lagen auf dem Bürgersteig. Der verunglückte Autobus war in später Nachtstunde, nachdem noch am Unfallort eine vorläufige Untersuchung der Schuldfrage und des Herganges des Unglücks angestellt worden war, abgeschleppt worden. Nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung trifft die **Schuld an dem Unglück,** das trotz seines Vorläufers im Vorjahre in der Berliner Verkehrschronik einzig dasteht, den Arzt Dr. Silberberg, der den ihm gehörigen Mercedes-Wagen selbst lenkte.

Die Ursachen, auf die der Zusammenstoß zurückzuführen ist, sind in den Zuständen zu suchen, auf die wir bereits in unserer Morgenausgabe hinwiesen. Daß diese Zustände nach dem Unfall im vergangenen Jahre von seiten der Polizei keine Aenderung erfahren haben, muß um so mehr wundernehmen, als man sich bei der Verkehrspolizei schon seit langem darüber im klaren ist, daß die Strecke von der Potsdamer Straße am Wasser entlang bis zum Lützowplatz zu den gefährlichsten in Berlin gehört. Es wäre schon lange an der Zeit gewesen, hier eine gründliche Verkehrsregelung vorzunehmen und die Straßen, die beiderseits der Spree entlangführen, zu Einbahnstraßen zu machen. Eine solche Regelung wäre um so eher möglich, als sich auch das Kaiserin-Augusta-Ufer, das sich nördlich des Spreearmes hinzieht, durchaus für den Wagenverkehr eignet. Jedenfalls muß, nachdem an dem schmalen und gefährlichen Lützowufer in kurzer Zeit bereits der zweite schwere Unglücksfall vorgekommen ist, mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß mit den unleidlichen Verkehrsverhältnissen an dieser Stelle endlich aufgeräumt wird.

Die Darstellung der Omnibusgesellschaft.

Ueber das bisherige Ergebnis der Untersuchung, die noch in später Abendstunde am Unfallort angestellt wurde, teilt die Omnibusgesellschaft folgendes mit:

„Der **technische Hergang des gestrigen Omnibusunfalles** am Schöneberger Ufer ist an Hand der Beschädigungen der beiden beteiligten Fahrzeuge und insbesondere an Hand der Spuren auf der Asphaltoberfläche und an den Bordsteinen folgendermaßen genau zu verfolgen:

Der den Unfall verursachende Wagen, ein schwerer Mercedeswagen IA 4242, gesteuert vom prakt. Arzt Dr. Silberberg, hat Rudge-Räder mit großen Flügelmuttern, sogenannten Rennverschlüssen. Dieser Wagen ist **beim Versuch, den Omnibus zu überholen, übermäßig weit nach rechts an den Omnibus herangefahren,** wahrscheinlich, um sich zwischen dem Omnibus und einem entgegenkommenden Fahrzeug noch im letzten Augenblick hindurchzuschlängeln; dabei ist schon das rechte Trittbrett in Höhe der Schaltkulisse mit dem linken Vorderkotflügel des Omnibusses in Berührung gekommen, wie scharfe Kratzspuren einwandfrei erkennen lassen. Diese erste harmlose Berührung ist vom Führer des Personenwagens entweder nicht bemerkt worden, oder er war derart ins Gedränge geraten, daß ihm nichts weiter übrig blieb, als trotzdem noch weiter nach rechts hinüberzufahren. Er hat unmittelbar darauf mit dem einen großen Lappen des oben erwähnten Rennverschlusses seines rechten Hinterrades **in den inneren Felgenkranz des linken Vorderrades des Omnibusses eingehakt.** Das linke Vorderrad des Omnibusses war dadurch blockiert und rutschte, wie eine Radierspur auf dem Asphalt zeigt, vier Meter weit in einem ganz flachen Bogen nach rechts. Nachdem die Vorderachse des Omnibusses auf diese Weise etwa 50 Zentimeter nach rechts herübergedrückt war, geriet das rechte Vorderrad gegen die Bordschwelle und sprang infolge des immer noch wirkenden Druckes von links auf diese hinauf. In diesem Augenblick hakten sich die beiden Räder natürlich auseinander. Der Personenwagen wurde wieder frei und die Vorderräder des Omnibusses, die nun vollständig herumschlugen, liefen quer über den Bürgersteig. Das Hinterrad kam zunächst nicht herauf, zumal der Wagen mit seiner rechten Seite an einem Baum entlang gleiten mußte. Erst nachdem der **Wagen** sich gewissermaßen um den Baum herum **um etwa 90 Grad gedreht** hatte, wurde das rechte Hinterrad frei und lief nun sofort auf die Bordschwelle hinauf; das linke Hinterrad verhakte sich an der Bordschwelle, das linke Vorderrad sank in dem weichen Boden zwischen dem Pflasterstreifen des Bürgersteiges und dem Uferzaun des Landwehrkanals ein, der stark herübergebogene Baum seinerseits drückte auch noch von rechts gegen den unglücklich stehenden Omnibus und auf diese Weise **kippte der Wagen langsam um.** Wie bereits mitgeteilt, befindet sich der Mercedeswagen in polizeilichem Gewahrsam, bis gerichtliche Sachverständige die an ihm erkennbaren Beschädigungen genau aufgenommen haben."

Das Befinden der Verletzten.

Von den gestern in das **Elisabethkrankenhaus** eingelieferten Personen konnte im Laufe des heutigen Vormittags eine Anzahl in häusliche Pflege entlassen werden. Von den fünfzehn noch in der Anstalt Befindlichen ist **Frau Katajewa,** eine Angestellte der russischen Botschaft, **in Lebensgefahr. Das Befinden von sechs weiteren Verletzten gibt ebenfalls noch zu Besorgnissen Anlaß.** Es handelt sich hier um: Fräulein Helga Loth (ausgerenkte Hüfte und Quetschungen), Anni Hampe, Wichmannstraße (schwere Gehirnerschütterung), Elise Mehr, Halensee, Joachim-Friedrichstraße 6, (schwere Gehirnerschütterung). Direktor Walter Klein, Nürnberger Straße 5 (Wirbelsäulenquetschung), und zwei weitere Verletzte, Karoline Garge aus der Holsteinischen Straße und Hedwig Zielig aus der Augsburger Straße, die ebenfalls schwere Gehirnerschütterungen davongetragen haben.

Die polizeilichen Ermittlungen, an denen sich im Lauf des heutigen Vormittags auch die Staatsanwaltschaft beteiligte haben bisher mit Sicherheit ergeben, daß das Unglück durch den Wagen des Arztes Dr. Max Silberberg verursacht wurde. Der Chauffeur befand sich hinten im Wagen. Dr. Silberberg, der selbst steuerte, ist im Besitz eines Führerscheines. Gegenwärtig werden alle erreichbaren Zeugen vernommen. Der Mercedeswagen, den die Polizei mit Beschlag belegte, ist von Sachverständigen bisher noch nicht untersucht worden.

*

Von einem Automobilomnibus der Linie 8 wurde heute vormittag vor dem Grundstück Neue Königstraße 3 die 17 Jahre alte Kontoristin Emma Mandelbaum, Friedenstraße 4, überfahren und getötet. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden.

Tödlicher Straßenbahnunfall im Osten Berlins

Ein Schaffner verhaftet.

In der vergangenen Nacht gegen 1¼ Uhr stand in der Frankfurter Allee an der Weberwiese ein unbekannter Mann auf der Promenade, als ein Zug der Straßenbahnlinie 69 E in der Richtung nach dem Alexanderplatz vorüberfuhr. Aus unbekannter Ursache fiel der Mann plötzlich um und geriet zwischen Triebwagen und Anhänger. Die Augenzeugen des Unfalls liefen entsetzt hinter dem Zuge her und versuchten, ihn zum Halten zu bringen. Auf ihre Zurufe: „Halt! Lebensgefahr!" reagierte jedoch der Schaffner des Anhängers überhaupt nicht. Ohne das Haltezeichen zu geben, winkte er ab und ließ den Zug weiterfahren. Erst an der nächsten Haltestelle wurde angehalten. Jetzt fand man im Getriebe des Wagens ein Bein, das dem Verunglückten abgefahren worden war. Der Körper lag zerstückelt auf der Strecke. Auch das zweite Bein war abgefahren. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr brachte den Ueberfahrene nach dem Krankenhaus am Friedrichshain und von dort, weil nur noch der Tod festgestellt werden konnte, sofort nach dem Schauhause. Der Schaffner Friedrich Gutkind aus der Gartenstraße, dessen Verhalten unter den Augenzeugen Empörung hervorrief, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet. Der Tote ist noch nicht bekannt. Er ist etwa 50 bis 55 Jahre alt und trug einen dunkelgrünen Filzhut, einen Regenmantel und einen dunkelbraunen, mit blauen Streifen durchsetzten Jackettanzug.

Erdstöße in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 9. Januar.

In der vergangenen Nacht sind im Osten Frankreichs zahlreiche Erdstöße verspürt worden. Das erdphysikalische Institut in Straßburg veröffentlicht darüber folgende Meldung: „Ein Erdbeben ist auf der Straßburger Station um 2 Uhr 45 Minuten 24 Sekunden und auf der Züricher Station um 2 Uhr 45 Minuten 15 Sekunden verzeichnet worden. Es ist von mehreren Personen in Straßburg wahrgenommen worden und bedeutend stärker in Kolmar, Mülhausen, Belfort, Epinal, Rémiremont und in der Umgebung dieser Orte. Das Zentrum des Erdbebens scheint ungefähr 240 Kilometer vom Jura entfernt zu liegen. Die Aufzeichnungen der Apparate waren weniger bedeutend als am 11. und 12. Dezember."

Nach Meldungen aus Rémiremont gingen auf dem dortigen Bahnhof die Türen von selbst auf. Auch in Belfort waren die Erdstöße deutlich zu verspüren. Die Möbel wurden teilweise verrückt, Mauern beschädigt, und Störungen in der elektrischen Stromzuführung traten ein. Am stärksten waren die Erschütterungen in Châlons sur Saône. In vielen Stadtvierteln wurden die Fensterläden und Türen aufgerissen, und Gegenstände fielen von den Regalen.

Der Bankraub in Genua.

Mailand, 9. Januar.

Der Boden rings um das Gebäude der Banca Commerziale in Genua, deren Stahlkammern durch einen unterirdischen Gang aufgebrochen worden waren, wird immer noch eifrig von Arbeitern unter Aufsicht der Polizei abgesucht, die die abgelassenen Kanäle abhämmern, um unterirdische Verstecke zu finden, in denen die Beute von den Einbrechern versteckt wurde. Ueber 20 Millionen Werttitel, das heißt fast der gesamte Betrag des Raubes hat auf diese Weise nach und nach in den verschiedenen Nischen gefunden werden können, die die Diebe in den Kanälen angebracht hatten, es fehlen nur noch Juwelen im Werte von 350 000 Lire und 140 000 Lire in bar. Den Einbrechern dürfte die Flucht gelungen sein, sie besaßen offenbar reichliche Mittel. Der eine von ihnen gilt als berüchtigter Einbrecher Genuas, der nach Schätzung der Polizei über eine Million besitzt, die er in den zehn Jahren seiner Tätigkeit im Hafen von Genua an sich gebracht hat.

Die Raubzüge in Pommern. Aus Stettin meldet unser X-Korrespondent: Eine Einbrecherbande versuchte nachts bei einem Besitzer in Schwenzäbbau (Kr. Randow) einzubrechen. Der Besitzer wurde aufmerksam, weckte seinen Bruder und wollte die Einbrecher stellen. Als sich diese bedroht sahen, schossen sie sofort auf ihre Verfolger. Auch der Besitzer gab Schüsse ab und verletzte zwei der Verbrecher. Mit Hilfe eines Landjägers konnten drei Mann der Täter verhaftet werden.

Schiffskatastrophe in der Nordsee. Wie aus Stockholm gemeldet wird, wird der schwedische Dampfer „Samarby", der am Weihnachtsheiligabend von Kopenhagen nach Hull abgegangen ist, seitdem vermißt. Man nimmt an, daß das Fahrzeug mit der gesamten Besatzung von 17 Mann in den schweren Stürmen der letzten Tage an der englischen Küste gestrandet ist.

Schwerin, 9. Januar. (W. T. B.) Gestern abend sind auf dem hiesigen Bahnhof fünf Lokomotiven beim Umsetzen auf ein anderes Gleis auf den Prellbock aufgefahren, wobei sich die Maschinen ineinanderschoben. Zwei Lokomotivbedienstete wurden leicht verletzt. Der Lokomotivheizer Metzger aus Düsseldorf wurde getötet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Noch kurzem Regen am Sonnabend wieder Bewölkungsabnahme, Temperatur einige Grad über Null.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Ostdeutschland Bewölkung mit etwas Regen, im Westen trocken, nur in Süddeutschland Nachtfröste.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski; für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt; für das Feuilleton: Fred Hildenbrandt; für Wissenschaft: Dr. Gotthold Mamlock; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelszeitung: Dr. Adolf Roeder; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pick; für die Inserate: Heinrich Baron; sämtlich in Berlin. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Konzerte.

j. s. Ein Hermann-Löns-Abend hatte den Meistersaal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Vier Künstler stellten sich in den Dienst des Dichters: Paul Knoop brachte eindringlich vorgetragene Rezitationen aus „Mein goldenes, mein blaues und mein braunes Buch". Susanne Fischer-Lattermann und Carl Kaiser sangen Lieder von Karl August Fischer, der Löns Gedichte in anspruchsloser, schlichter Weise, gleichsam volksliedartig vertont hat, ohne den Ehrgeiz, etwas Neues zu sagen. Die Sopranistin wirkt mehr durch ihre hübschen Mittel als durch den etwas matt bleibenden Ausdruck, der stimmlich begabte Bassist durch den lebendigeren Vortrag. Alle drei Künstler, auch der am Klavier begleitende Komponist, durften mit dem Erfolg des Abends zufrieden sein.

Elisabeth Rothwell, die Gattin des Dirigenten W. H. Rothwell aus Los Angeles (von dem auch einige Lieder auf dem Programm standen), behandelt ihren schönen Sopran nach allen Regeln der Gesangskunst. Vornehmlich, wenn sie italienisch singt; in Verbindung mit der deutschen Sprache klingt der Ton weniger konzentriert. Auch leidet dann der sonst recht aparte Vortrag unter einem Zuviel, unter dem Bestreben, alles restlos zu erschöpfen. Ausdruckgeben heißt nicht die Zeitmaße dehnen, was sogar eine abschwächende Wirkung zu haben pflegt. Einem Musiker von dem Range Dr. B. Ernst Wolffs gelang es aber, hier durch die Begleitung den möglichsten Ausgleich zu schaffen. — Mit ihrem pastosen Mezzo, der ihr bis in die hohen Lagen mühelos gehorcht, gewann sich Anna Erler-Schnandt an ihrem Liederabend erneuten Erfolg. In den „Vier ernsten Gesängen" von Brahms wurde der beseelte Vortrag nur durch den harten Glottisanschlag im Brustregister beeinträchtigt. In Schubertschen, Regerschen und Hugo Wolfschen Liedern gab dann die Sängerin noch viel Wirkungsvolles, so im „Erlkönig" mit seiner Charakterisierung der drei Stimmen, ferner „Am Dorfbrunnen", „Zum Schlafen", „Storchenbotschaft". Für den Beifall der leider nicht eben zahlreichen Zuhörer dankte sie mit mancherlei Zugaben.

Pauline Dobert, mit Issai Dobrowen am Flügel, bot in einem eigenen Liederabend wieder Proben ihrer feinen Art zu musizieren. Wie es Frau Dobert versteht, den Stil der verschiedenen Komponisten zu treffen und jedem Lied sein Eigenstes abzugewinnen, zeigte sie in der Aufeinanderfolge einiger alten Italiener — Marcello, Monteverdi, Vivaldi, Paisiello und Scarlatti —, Mozart und Grieg. Ihr warmer, weicher Alt ist insofern nicht ganz gleichmäßig gebildet, als die Höhe im Forte aus dem übrigen Stimmcharakter herausfällt, im Piano leicht zu hoch intoniert. Hier bedarf es noch des nachhelfenden Studiums. — Dorothy Moulton aus London brachte durch ihr Programm Abwechslung in das Einerlei der Liederabende. Ihr etwas dünner Sopran ist nicht groß, aber sie sang sauber und musikalisch, zum größten Teil in ihrer Sprache, alte und moderne Gesänge.

Das Bestreben, etwas nicht Alltägliches zu bieten, zeigte die Wahl von vier Kompositionen in deutscher, englischer und französischer Sprache aus dem 16., 18., 19. und 20. Jahrhundert über das Thema: „Die Lerche" und Lieder von Gustav Holst, bei denen M. van den Bergh die obligate Violine spielte. — Die Donkosaken sind zurückgekehrt, und schon ihr erstes Konzert in der Philharmonie war wieder total ausverkauft. Der Chor und sein verdienstvoller Dirigent Serge Jarow erhielten so den erneuten Beweis, wie man ihre nationale Kunst auch bei uns zu schätzen weiß. An sich zum Teil primitiv, wird sie doch konzertfähig durch die gesangliche Kultur der Ausführung. Die schönen Stimmen, das Piano der Tenöre, die berühmte Tiefe der Bässe, die rhythmisch straffe Exaktheit des Zusammenwirkens, alles vereinigt sich hier zu einer höchst eigenartigen Gesamtwirkung. Es hätte des starken russischen Einschlags im Publikum gar nicht bedurft, um den Beifall auf den Siedegrad spontaner Begeisterung zu treiben.

H. F. Im Trianon-Theater wird Siegfried Geyers „Mary" gespielt. Das Stück ist von einer Nachtvorstellung her bereits bekannt, seine Wiederaufnahme erscheint zum mindesten überflüssig. Eine Moschuswolke der Geilheit zieht von dieser kleinen verworfenen Bühne her über das nicht minder verworfene Parkett, irgendetwas dreht sich im Magen um, ein äußerst scharfer Schnaps in der Zwischenpause wird unvermeidlich. Einsam in seiner Loge sitzt ein junger Japaner mit Buddhalächeln und macht Kulturstudien. Warum also? Die Gläßner, zum Donnerwetter, braucht Rollen! Sie muß sich viermal umkostümieren, Hängezopf und Bubikopf aufkleben, sie muß unbedingt ihre seidenen Beinchen zeigen und den bepuderten Rücken. Sie muß einfach. Himmelherrgott, begreift ihr das nicht?

Erika, die sehr begabte, famose, lustige, charmante, sollte doch noch ein bißchen anderes können. Wenn sie, von keinem gezügelt, in dieser Manier fortfährt, so wird sie am Ende nur noch mauzendes Kätzchen sein. Kein schöner Anblick: ein Talent auf der Rutschbahn.

* **Berliner Ausstellungen.** Paul Cassirer eröffnet am Sonntag, 11. Januar, eine Ausstellung alter Meister, in der bedeutende Werke von Brouwer, van Goyen, Greco, Frans Hals, Poussin, Ruysdael, Terborch, Zurbaran u. a. gezeigt werden.

Ein Tanzabend.

Hi. Diesem umfangreichen Mädchen, das gestern abend ahnungslos das höhnische Entzücken des Blüthner-Saales war, hätte die Konzertdirektion Robert Sachs lieber beruhigend auf eine der stattlichen Rundungen klopfen und von solchen tänzerischen Abenteuern dringlichst abraten sollen. Eine Agentur hat neben geschäftlichem Eifer auch Verantwortung (der Kunst gegenüber) zu zeigen und so gewiß es vortrefflich ist, mit neuen Talenten zu experimentieren, so gewiß ist es gut und menschlich, hoffnungslose Fälle vor einer Blamage zu behüten. Das Publikum ertränkte dieses vom Tanzteufel fürchterlich zugerichtete Wesen mit Gelächter, und das runde Kind nahm Beifall, Lachen und Pfeifen und Trampeln als Berliner Symptome einer frenetischen Anerkennung. Es saßen auch Tänzerinnen im Saal, die sich mit Wonne an der Mystifikation beteiligten; netter wäre es gewesen, wenn zwei oder drei von ihnen hinter das Podium gegangen wären und weiteres verhütet hätten; eine schwierige Mission, aber es schien, als spuckten diese kurzhaarigen hübschen Fräschen lieber Gift und Galle und Schadenfreude, als ein gutes Schaf von der falschen Weide herunterzulocken. Kinder ihrer Zeit, Tänzerinnen ihrer Zeit, und alles, alles ist darnach.

P. T. „**Seerose**" von Karl Friese, einem Stettiner Lehrer, im Stettiner Stadttheater uraufgeführt, ist ein Versuch, Mystisch-Spiritistisches zu gestalten. In einer ibsenartigen Atmosphäre heiratet eine Frau den „Freund", während sie „den andern" liebt. Zwischen beiden Männern schwankend kann sie ihre Tragik nicht herunterwürgen und erstickt daran. Diese Handlung kommt nicht allzu kühn, nicht immer ganz echt, aber ehrlich und mit dem verhaltenen Groll des inneren Erlebnisses zum Ausdruck und wurde von Josef Robert inszeniert, mit Rudolf Schwanneke, Else Strohm-Ambronn, Grete Hinz und Karl Bürger gut besetzt, begeistert aufgenommen.

* **Die diesjährige Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft** findet am 5. und 6. Juni (Freitag und Sonnabend der Pfingstwoche) wie üblich in Weimar statt. Den Festvortrag über Karl August und Goethe hat Geh. Rat Professor Erich Marcks (Berlin) übernommen. Das neue Jahrbuch wird voraussichtlich etwas früher als gewöhnlich erscheinen. Im Frühjahr 1925 wird die neue Ausgabe des „Wolfs" Goethe", 6 Bände in Leinen erscheinen; sie wird gegen die erste, von Erich Schmidt veranstaltete Ausgabe um 40 Bogen erweitert sein.

* **Die Bibliothek Busoni** wird, wie wir erfahren, in diesem Frühjahr bei Max Perl in Berlin versteigert werden. Der verstorbene Meister sammelte aus allen Gebieten der Weltliteratur. Die Bibliothek Busonis enthält eine statliche Reihe von überaus seltenen Werken.

Abend-Ausgabe
Freitag, den 9. Januar 1925.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 15 ✱ Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

✱ Der Einzelhandel und die Steuervorauszahlungen.

Von
Robert Jansen.

Am 10. Januar werden die ersten Steuervorauszahlungen für 1925 zu leisten sein. Trotz der Stabilisierung unserer Währung wird das Reich zunächst auf diese Vorauszahlungen noch nicht verzichten können und die Wirtschaft wird sich darauf einrichten müssen, zum mindesten noch ein halbes Jahr lang Vorauszahlungen zu leisten, wenn nicht diese Zeit noch länger dauert, weil durch die Unsicherheit in der Aufwertungsfrage die Kreditfreudigkeit des Auslandes den Erwartungen nicht entspricht, die nach dem Londoner Abkommen berechtigt erschien. Deshalb werden die Ungerechtigkeiten, die in der verschiedenen Behandlung der Gesellschaften bei der Körperschaftssteuer und damit auch bei der Vorauszahlung zu dieser Steuer vorherrschen, immer wieder neue Missstimmungen in den beteiligten Kreisen hervorrufen.

Besonders der Einzelhandel hat unter den gegenwärtigen Bestimmungen über die Vorauszahlungen nach der Betriebseinnahme eine Belastung auf sich nehmen müssen, die in gar keinem Verhältnis steht zu der Belastung von grossindustriellen Betrieben. Dabei muss doch berücksichtigt werden, dass die Körperschaften industrieller Natur durch die Umstellung ihrer Bilanzen auf Goldmark ihr Vermögen bedeutend herabgesetzt haben, dass dagegen die Körperschaften des Einzelhandels im letzten Jahre durch die Stabilisierung der Währung das Betriebsvermögen, soweit es im Warenlager besteht, wesentlich vermehrt haben. Die industriellen Körperschaften haben nun bekanntlich das Recht, die Auswahl zu treffen, ob sie ihre Vorauszahlungen statt auf der Grundlage von 2 pCt. des Umsatzes nach dem Vermögen einschätzen zu lassen, und zwar beträgt der Prozentsatz 1 vom Tausend. Welche Wirkungen diese Bestimmung hat, geht aus einigen Beispielen, die mir von sachkundiger Seite gestellt werden, unmittelbar hervor. Ich gruppiere diese Beispiele nach der Grösse der Unternehmungen. Zunächst eine mittlere Wäschefabrik, deren Betriebsvermögen 500 000 bis 600 000 M beträgt; sie beschäftigt ungefähr 250 Arbeitnehmer. Der monatliche Umsatz beläuft sich auf 120 000 M; die Löhne und Gehälter betragen nicht mehr als 20 000 M, so dass ein monatlicher Nettoumsatz von 100 000 M verbleibt. Bei der Steuer nach dem Vermögen bezahlt diese Gesellschaft tatsächlich 300 bis 400 M., würde sie nach dem Umsatz besteuert, so würde sich die Summe auf 2000 M erhöhen.

Ein mittlerer Unternehmen der Schuhindustrie mit einem Betriebsvermögen, einschliesslich Gebäude, von 1 bis 1½ Millionen, hat einen Durchschnittsumsatz im Monat von 375 000 M. Löhne und Gehälter betragen 15 pCt., also bleibt ein Nettoumsatz von 318 750 M. Dieser Betrieb würde also zahlen 1000 bis 1500 M, nach dem Umsatz dagegen müsste er bezahlen 6375 M. — Noch krasser wird der Unterschied bei grösseren Unternehmungen. Eine Fabrik, die etwa 1000 Arbeiter beschäftigt und deren Betriebskapital, einschliesslich Gebäude, 2 bis 3 Millionen beträgt, hat einen Durchschnittsumsatz von monatlich 750 000 M. Auch hier betragen die Löhne und Gehälter 15 pCt. Der Nettoumsatz beläuft sich also auf 637 500 M. Bei der Besteuerung nach dem Vermögen hat diese Fabrik 2000 bis 3000 M zu bezahlen, nach dem Umsatz würde sie 12 750 M zu bezahlen haben, und bei einem ganz grossen Unternehmen der Schuhindustrie, das über ein Betriebskapital von 5 Millionen verfügt und eine Tagesproduktion von 3750 Stiefeln hat, beträgt der Durchschnittsumsatz monatlich zirka 1 125 000 M, hiervon gehen ab 12 pCt. Lohn und Gehälter, und es bleibt ein Nettoumsatz von 956 250 M. Diese Fabrik hat nach dem geltenden Recht — da sie selbstverständlich die Besteuerung des Vermögens vorziehen wird — nur 5000 M zu bezahlen, während sie nach dem Umsatz 19 125 M zu bezahlen hätte. Diese wenigen Beispiele zeigen, wie vorteilhaft für die industriellen Körperschaften die Möglichkeit der Auswahl zwischen der Steuer auf das Vermögen und die Betriebseinnahme ist.

Der Gesetzgeber ist von dem Gedanken ausgegangen, dass das Kapital der industriellen Gesellschaften wesentlich höher sei als das Kapital der Handelsgesellschaften. Man mag diesen Gedanken insofern Rechnung tragen können, dass man eine prozentuale Besteuerung des Vermögens der Handelsgesellschaften zugesteht. In Wirklichkeit zeigt sich aber bei dieser Handhabung der Steuergesetze und der Steuerverordnung eine solche Ungerechtigkeit, dass selbst die ermässigten Sätze, die dem Einzelhandel zugute kommen, keinen Ausgleich bieten gegenüber den Körperschaften der Industrie. Im allgemeinen hat der Einzelhändler 1,2 vom 100; ein Gemischtwarenhändler 0,95 vom 100. Warenhäuser werden als Gemischtwarenhändler nicht angesehen, sodass auf diese steis 1,2 vom 100 der Betriebseinnahmen entfällt. Der Senatspräsident im Reichsfinanzhof Dr. Strutz, hebt in seinem „Handbuch des Reichssteuerrechts" besonders hervor, dass die ermässigten Sätze für den Einzelhandel gegenüber den sonst üblichen 2 pCt. insbesondere mit Rücksicht darauf zugesichert worden seien, dass der Einzelhandel mit bestimmten Unkosten und Spesen (Ladenmiete, Versicherung usw.) zu rechnen hat. Es ist aber dann nicht zu verstehen, warum der Einzelhändler nicht eine grössere Rücksichtnahme bei dem Gesetzgeber gefunden hat. Die Kapitalaufwendungen des Einzelhandels sind in vielen Fällen wesentlich beträchlicher als die Aufwendungen des Grosshandels und auch die von industriellen Unternehmungen. Es ist aber wohl zu verstehen, wenn der Einzelhandel bei jedem Termin der Vorauszahlungen seine Stimme erhebt und immer heftiger dagegen protestiert, dass er gegenüber der Industrie, den industriellen Körperschaften und den Grosshandelskörperschaften am schlechtesten behandelt wird und dass eine möglichst schleunige gesetzliche Regelung, die auch dem Interesse des Einzelhandels gerecht wird, von dem neuen Reichstage zum Abschluss gebracht wird.

✱ **Behördliche Beeinflussung der Zinsgestaltung.** Aus dem Bericht einer Preisprüfungsstelle dürften folgende Ausführungen über den Versuch, auf die Zinsgestaltung Einfluss zu gewinnen, allgemeinere Beachtung finden:

Es sind uns während der letzten Monate etwa 86 einzelne Fälle bekanntgeworden, die sämtlich aus dem Gebiete unserer Provinz stammen und in denen Zinssätze für die Monate Juni und Juli, teils auch August und September berechnet worden sind, die zwischen 60 bis 95 pCt. Jahreszinsen schwanken. Dabei ergab sich folgendes Bild: Der eigentlich berechnete Jahreszinssatz schwankte zwischen 8 bis 14 pCt. Der Reichsbankdiskont war häufiger überschritten als unterschritten. Als Provisionssätze wurden berechnet: für Geldbeschaffungsprovision usw. 3, 4 bis 5 pCt. pro Monat; daneben wurden Verwaltungsprovisionen, Kreditprovisionen und andere Provisionssätze mit ¼ bis ⅜ pCt. pro Tag in Anschlag gebracht. — Bei Ueberziehung von Konten wurden zwischen 1 bis 1¼ pCt. Ueberziehungsprovision pro Tag in Rechnung gesetzt. Aus diesen Sätzen ergaben sich die zum Teil recht ungeheuerlichen Jahresbelastungen von 70 bis 80 pCt. und mehr. Es ist uns gelungen, nachdem wir unter Zuziehung der massgebenden Bankenvereinigung einen erweiterten Ausschuss für Geld-, Kredit- und Bankwesen bei unserer Preisprüfungsstelle gegründet hatten, dahingehende Beschlüsse zu fassen, dass die Banken sich bereitfinden möchten 1. in allen den Fällen, in denen eine wirtschaftlich starke Belastung vorliegt, die Ueberziehungsprovision ganz zu streichen, 2. die übrigen Provisionen auf einheitliche Sätze zusammenzufassen. Dem ist Rechnung getragen worden, indem die Bankvereinigungen ab 1. Oktober 1924 12 pCt. Jahreszinsen (Reichsbankdiskont), ½ pCt. Provision pro Monat gleich 6 pCt. Jahreszinsen, ½ pCt. Ueberziehungsprovision berechnen. Es gelang auf Grund dieser Vereinbarung bis auf einige wenige Fälle alle Bedenkstandungen in Güte ohne gerichtliches Verfahren zu erledigen und eine gewisse Beruhigung innerhalb der Bevölkerung herbeizuführen.

Ab 1. November haben sich, so heisst es weiter, die Banken weiterhin bereit erklärt, auf die Ueberziehungsprovision meist ganz zu verzichten. Wir hoffen ferner, dass in Kürze auch eine Herabsetzung der monatlichen Provision von ½ auf ¼ pCt. ermöglicht werden wird.

✱ **Ueberführung der bayerischen Staatsbetriebe in privatwirtschaftliche Betriebsform.** Die Durchführung der bereits früher beschlossenen Ueberführung der Staatsbetriebe in die privatwirtschaftliche Betriebsform wird voraussichtlich bis zum 1. April 1925 in Aussicht genommen werden können. Es handelt sich zunächst um die Berg-, Hütten- und Salzwerke, um das Hofbräuhaus und die Staatsbrauerei Weihenstephan.

Zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht bei den Grade-Automobilwerken. Wir hören, dass die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit ihren Gläubigern in der Weise erfolgt, dass die bevorzugten Gläubiger voll befriedigt werden, die nicht bevorzugten mit 50 pCt. entschädigt werden sollen. Mit der Deutschen Länderbank ist ein Sonderabkommen getroffen worden, in dem diesem Institut die Verwertung der Fabrik in Hohenschönhausen zugesprochen worden ist. Die Fabrikation wird in Bork unter Leitung des Direktors Grade weiter fortgeführt und die Arbeiten sind bereits dort wieder aufgenommen worden.

∞ **Künstlicher Stickstoff gegen Chilesalpeter.** Von unserem Londoner Wirtschaftsberichterstatter wird uns geschrieben: Die Londoner Börse, die bekanntlich sehr tark an der chilenischen Salpeterproduktion interessiert ist, wurde in den letzten Tagen durch Berichte vom Stickstoffmarkt, nach denen das chemische Erzeugnis dem natürlichen Salpeter täglich heftigere Konkurrenz mache, stark beunruhigt.

Die Shares verschiedener Salpetergesellschaften erlitten daher Kursverluste. Insbesondere fürchtet man eine weitere Produktionssteigerung der leistungsfähigen deutschen Industrie, die schon jetzt wieder grösser sein soll, als sie bei Schluss des Krieges gewesen war. Nach Ansicht englischer Fachleute würde Deutschland 1925 weitere 25 pCt. mehr erzeugen als 1924. Man spricht auch davon, dass im deutschen Stickstoffsyndikat die Absicht bestehe, neue grosse Werke in Skandinavien unter Ausnutzung der dortigen Wasserkräfte zu errichten. Die deutschen Preise sind zwar niedriger als die chilenischer Aequivalente, würden aber, wie es hier heisst, einer etwaigen Herabsetzung des Chilesalpeterpreises zunächst nur in geringem Umfange folgen können. Denn diese lägen verhältnismässig nahe an den Gestehungskosten, deren allmähliche Verringerung allerdings nicht unwahrscheinlich sei. iDe deutschen Preise entsprechen gegenwärtig dem Gegenwert von 12 Pfd. Sterl. für Ammoniumsulfat und von 11 Pfd. Sterl. für salpetersaures Natron, während diese in der letzten Zeit in chilenischer Herkunft zwischen 13½ bzw. 15 Pfd. Sterl., 11¾ und 13¼ Pfd. Sterl. kosteten. Obwohl man an und für sich eine Zunahme des Weltverbrauchs erwartet, da die diesjährigen Getreideernten schlecht ausfielen, glaubt man doch, dass die Konkurrenzfähigkeit des Chilesalpeters möglicherweise mit einer Preisherabsetzung erkauft werden müsse. Es sind daher Bestrebungen im Gange, diese durch eine Herabsetzung des gegenwärtig 2½ Pfd. Sterl. betragenden Ausfuhrzolles zu ermöglichen. Da die Einnahmen aus Salpeterzöllen jedoch 36 pCt. der chilenischen Staatseinnahmen ausmachen und da andererseits jeder Versuch anderweitiger Aufbringung eines Teiles dieser Summe sich in der hauptsächlich auf Salpetergewinnung beruhenden chilenischen Wirtschaft wiederum in einer Steigerung der Produktionskosten auswirken würde, so erscheint eine Herabsetzung des Zollsatzes weder wahrscheinlich noch wirkungsvoll. Es bliebe allerdings die Möglichkeit, die verhältnismässig grosse Verdienstspanne zwischen Produktionskosten (6 s bis 7 s 6 d) und den Verkaufspreisen (9 s 3 d bis 9 s 6 d, gegen 10 s 9 d vor dem Kriege!) etwas herabzusetzen. Da hieraus wohl eine Verbrauchszunahme resultieren könnte, so wäre wahrscheinlich eine ausgleichende Rentabilitätszunahme der Werke zu erreichen, die im letzten Jahre nur ca. 53 pCt. ihrer Produktionskapazität zu verkaufen vermochten. Diese soll sich übrigens im neuen Jahre durch Neubauten wieder erheblich steigern; nämlich von 4,1 auf 5 Millionen To.

Die während der laufenden Salpetersaison (Juni 1924 bis Mai 1925 erfolgten Verkäufe der Vereinigung Chilenischer Salpeterproduzenten betrugen insgesamt 2,175 Millionen To. Man nimmt an, dass bis zum Ende Mai d. J. der Konsum 2,350 Millionen To. gegen 2,200 To. im vorigen Salpeterjahr ausmachen wird. Weitaus am stärksten hat sich infolge von Salpeterversorgung Deutschland von der chilenischen Salpeterversorgung frei gemacht. Während es 1913 mit Käufen in Höhe von 8,3 Mz. an der Spitze sämtlicher chilenischer Abnehmer stand, sind seine Importe 1923 bereits auf 1,4 Millionen Mz. zurückgegangen. Dagegen nimmt die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, die sich auch kapitalistisch immer stärker an der chilenischen Salpetererzeugung interessieren, beständig zu, trotzdem auch die U. S. A. in wachsendem Masse Stickstoff erzeugen.

✱

Wie wir dazu hören, ist die in der obenstehenden Zuschrift unseres Londoner Wirtschaftsberichterstatters wiedergegebene Importziffer für 1923 von 1,4 Millionen M keineswegs identisch mit dem deutschen Verbrauch. In Deutschland ist vielmehr in den letzten Jahren Chilesalpeter in nur ganz geringen Mengen zur Verwendung gekommen. Fast durchweg dürfte es sich um Transitware handeln, die von Deutschland nach anderen Ländern weitergeleitet worden ist.

□ **Bank für Brauindustrie.** In der Generalversammlung, in der die von der Verwaltung vorgelegte Goldmarkeröffnungsbilanz Gegenstand der Tagesordnung war, wurde scharf protestiert gegen die Veranlagung der Gesellschaft auf Grund des Obligationssteuergesetzes, wobei 255 772 M gezahlt werden sollen. Die Gesellschaft ist wegen dieser Veranlagung bei der zuständigen Behörde vorstellig geworden. Die Steuerforderung bildet nach Ansicht der Verwaltung für die Gesellschaft deshalb geradezu eine Ungeheuerlichkeit, weil ein beträchtlicher Teil des scinerzeit der Obligationsanleihe dienenden Pfandes aus namhaften Beteiligungen an elsass-lothringischen Brauereien bestand, welcher Besitz zwangsweise aber recht günstig liquidiert worden ist. Die Reichsbehörde habe hierfür den vollen Liquidationsbetrag in mehreren Millionen Goldfrancs erhalten, während der Gesellschaft auf Grund der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen nur wenige 2 pro Mille des Betrages in Papiermark gezahlt werden sollen. Die Verwaltung hält es für undenkbar, dass dieser gewaltsame, in keiner Weise zu rechtfertigende Widerspruch, welcher in der verschiedenen Beurteilung von Aufwertungspflichten liegt und den man bei privaten als gegen die guten Sitten verstossend bezeichnet müsste, von der Reichsbehörde aufrechterhalten werden kann. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von dem Aktionär Geheimrat Liepmann gegen die nach seiner Ansicht zu scharfe Kapitalzusammenlegung, gegen die Beibehaltung der Vorzugsaktien mit ihrem 15fachen Stimmrecht, das durch Generalversammlungsbeschluss auf alle Beschlüsse ausgedehnt wurde, opponiert. Gegen alle diese bezüglichen Beschlüsse stimmte der Opponent mit 53 Stimmen und gab Protest zu Protokoll. Bezüglich der Geschäftslage wurde die Verwaltung, dass sie hoffe, nunmehr mit angemessener Dividendenzahlung beginnen zu können.

✱ **Ein Zuckerfabrikenkartell.** In Magdeburg ist ein Bund der Zuckerfabriken gegründet worden, um den unberechtigten und übermässigen Ansprüchen von Kaufrübenanbauvereinen, welche neuerdings in der Altmark, im Bezirk Magdeburg und in Anhalt mit ausgesprochener Frontstellung gegen die Zuckerfabriken geschaffen worden sind, entgegentreten zu können. Der neugegründete Bund der Zuckerfabriken umfasst fasst alle Zuckerfabriken Mitteldeutschlands, namentlich diejenigen der Provinz Sachsen, des Staates Anhalt, des Freistaats Sachsen, Thüringens und Braunschweigs.

✱ **Zuckerfabrik Schottwitz.** In der Generalversammlung vom 7. Januar ist die Ermässigung des Aktienkapitals auf 1 400 000 RM beschlossen worden. Der weiter verfügbare Betrag des Reichsmarkvermögens wird mit 99 204,90 RM dem ordentlichen Reservefonds zugeführt. 17 000 000 M zur Verfügung der Gesellschaft stehende Inhaberstammaktien sind eingezogen worden. Die verbleibenden 1000 Stück Namensaktien und 13 000 Inhaberstammaktien werden im Verhältnis von 10 : 1 auf je 100 RM umgestellt. Die Vorzugsaktien werden eingezogen.

✱ **England will Zuckerprämien einführen. — Ein Bruch der Brüsseler Konvention.** Die Bestrebungen nach Ausdehnung des Anbaues von Zuckerrüben und damit der Erzeugung von Rübenzucker in England gehen weiter. Zu den bereits bestehenden vier grossen Zuckerfabriken sollen zwei neue Fabriken mit ausschnlichem Kapital ins Leben gerufen werden. Damit würde die Möglichkeit gegeben sein, dass England im nächsten Betriebsjahre sechs Zuckerrüben verarbeitende Fabriken grossen Umfangs aufzuweisen haben wird. Weitere Gründungen von Zuckerfabriken sind durchaus wahrscheinlich, schon deshalb, weil für die nächsten zehn Jahre staatliche Unterstützungen für Zucker und Melasse gezahlt werden sollen, die in Grossbritannien aus eigenen Zuckerrüben zur Herstellung kommen werden. England führt also kurzer Hand Zuckerprämien ein, die von ihm in früheren Jahren auf das schärfste bekämpft worden sind. An sich ist dies ein Bruch der Brüsseler Zuckerkonvention, die immer noch zu Recht besteht, um die sich aber die der Konvention angehörenden Staaten schon lange nicht mehr kümmern.

✱ **Beginn der Winterweit in der Oderschiffahrt.** Wie der Industrie- und Handelskammer zu Berlin amtlich mitgeteilt ist, wird der Beginn der Winterzeit a) für die staatlichen Oderhäfen bei Cosel und Mühlgraben zu Oppeln auf den 27. Dezember 1924, b) für den staatlichen Sicherheitshafen zu Thiergarten und für die Schiffsliegestellen in den Schleusenkanälen Koppen-Schönau, Brieg, Linden, Ohlau und Kattwitz auf den 30. Dezember 1924 festgesetzt.

Interessengemeinschaft Wintershall — Preussische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges.?

Nach zuverlässigen Informationen verhandelt die fiskalische „Preussische Bergwerks- und Hütten-A.-G.", die bekanntlich im Jahre 1923 gegründet wurde und alle früheren preussischen, staatlichen Montranbetriebe vereinigt (sie ressortiert nach dem preussischen Handelsministerium), bezüglich der in ihr vereinigten Kaliwerke über eine Interessengemeinschaft mit dem Wintershall-Konzern.

Die Verhandlungen sollen so weit gediehen sein, dass das Abkommen als gesichert anzusprechen sei. Der Abschluss soll in diesen Tagen erfolgen. Hierzu wird uns folgendes geschrieben:

„Bekanntlich ist der Wintershall-Konzern, der unter der Leitung seines rührigen Generaldirektors Rosterg in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, heute die stärkste Gruppe der Kaliindustrie; mit den ihm bereits verbündeten Gruppen dürfte er schon annähernd 40 pCt. der gesamten deutschen Kaliindustrie kontrollieren. Da zurzeit noch Verhandlungen mit anderen kleineren Gruppen schweben, ist es sogar möglich, dass der Prozentsatz sich noch weiterhin erhöhen wird. Der preussische Fiskus bzw. die Preussische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. verfügt bekanntlich über die Kaliwerke Stassfurt, Vienenburg und Bleicherode, die sich durch gute Vorkommen auszeichnen und mit zu den wertvollsten Werken der gesamten deutschen Kaliindustrie gehören. Es hat stets zu den vornehmsten Traditionen der preussischen Handels- und Gewerbepolitik gehört, die staatlichen Werke aus dem Streit der privatkapitalistischen Interessen herauszuheben, ausgleichend zu wirken und innerhalb des Kalisyndikats das Allgemeininteresse wahrzunehmen. Einen anderen Zweck hätte ja auch die Verstaatlichung von Bergwerken gar nicht haben können, da ja bekanntlich das reine Erwerbsinteresse beim Fiskus nicht die Hauptrolle gespielt hat und spielen sollte. Gerade vom Standpunkt einer staatlichen Gewerbepolitik aus, wie sie zuletzt auch noch von dem Handelsminister Fischbeck vertreten worden ist, erscheint es unverständlich, dass nunmehr die staatlichen Werke an eine rein privatkapitalistisch eingestellte Gruppe in Form einer Interessengemeinschaft angeschlossen werden soll. Besonders eigenartig sind diese Bestrebungen auch noch deshalb, weil sie dazu führen würden, die Vorherrschaft einer Gruppe in der Kaliindustrie und dem Kalisyndikat zu etablieben. Mehr denn je kommt es heute darauf an, dass der Staat den Auswüchsen der Kartell- und Trustbildung entgegentritt, und das vermag er nie und nimmer zu tun, wenn er, wie im vorliegenden Fall, die unabhängige Position seiner Werke aufgibt und sich an die Seite des Mächtigsten stellt, um ihm noch vollends die ganze Macht in die Hände zu spielen. Es ist dringend notwendig, dass alsbald eine Aufklärung über diese eigenartigen Pläne erfolgt."

Soweit die Zuschrift! Von der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. wird uns zwar bestätigt, dass ein Interessengemeinschaftsvertrag mit Wintershall vor dem Abschluss stehe. Es sei aber in dem Abkommen nichts enthalten, was eine Majorisierung der deutschen Kaliindustrie befürchten lassen könne. Beide Konzerne hätten lediglich das Bestreben, ihre Erfahrungen auszutauschen, um auf diese Weise eine grössere Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe zu erzielen. Die Tatsache, dass die Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. fiskalisch sei (der Aufsichtsrat besteht bekanntlich aus Ministern) gebe hinreichend Gewähr dafür, dass eine privatwirtschaftliche Vertrustung der Kaliindustrie nicht kommen werde. Diese Einwände entkräften unseres Erachtens die Befürchtungen, die in der vorstehenden Zuschrift zum Ausdruck gebracht sind, nicht ganz. Die Machtverhältnisse werden am besten dadurch illrustriert, dass man die Beteiligungsziffer anführt. Die Quote des Wintherhall-Konzerns stellt sich ncah den letzten Berechnungen auf 385,8881 Tausendstel, die des preussischen Fiskus auf 59,1053 Tausendstel. Die Interessengemeinschaft würde also über ca. 43½ pCt. der gesamten deutschen Kaliindustrie kontrollieren. Man wird als selbstverständlich unterstellen dürfen, dass beide Konzerne die Verfolgung einer gemeinsamen industriepolitischen inie beabsichtigen. Dass dabei nicht immer der preussische Fiskus den Winterhall-Konzern auf seine Seite ziehen wird, sondern dass wahrscheinlich noch öfter der sehr viel grössere Winterhall-Konzern, der ja tatsächlich eine sehr starke Expansionspolitik betreibt, umgekehrt bestimmend auf die Politik des preussischen Fiskus einwirken wird, ist eine Befürchtung, die auch uns keineswegs als übertrieben scheint. Letzten Endes wird es natürlich darauf ankommen, wo die stärkeren Persönlichkeiten sich befinden. Eine hiesige Zeitung stellt als Kommentar zu dem geplanten Interessengemeinschaftsvertrag noch fest, dass der Kalireferent der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. zu Wintershall in Familienbeziehungen stehe, insofern nämlich, als sein Schwiegersohn sich im Dienste dieses Konzerns befinde. Wie wir hören, entspricht das zwar den Tatsachen, doch sei die Stellung dieses Herrn, der bei Wintershall den Posten eines iEnkaufsdirektor verrichtet, keine solche, dass er einen massgebenden Einfluss auf die Geschicke des Konzerns ausüben könne.

✱ **Vor der Bildung eines Röhrenverbandes.** Die Verhandlungen des Unterausschusses der Rohstahlgemeinschaft, der sich mit der Frage der Bildung eines Röhrenverbandes befasst, haben in wichtigen Fragen zu einer Einigung geführt. So ist die Frage der Beteiligung bis auf wenige Werke gelöst. Die Beteiligungen seien auf der in einer Kommission ermittelten Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke basiert. Geplant ist die Bildung einer gemeinsamen Verkaufsstelle.

✱ **Der Verein deutscher Tempergiessereien** hat, laut „Rheinisch-Westfälischer Zeitung", beschlossen, den Mindestpreis für Temperguss von 0.75 GM per Kilogramm für leich tzu formende Stücke ohne Kern- und Qualitätsansprüchen bei grossen schlanken Aufträgen bestehen zu lassen, obwohl auf Grund einer genauen Selbstkostenberechnung eine Erhöhung von 6 M für 100 kg erforderlich wäre.

✱ **Stinnes-Beteiligung an der Anglo-Belgian-Coal-Comp.** Die Gesellschaft, die den Zweck hat, die Antwerpen anlaufenden Schiffe mit Bunkerkohle zu beliefern und eine Gründung des Comptoir Charbonnier Maritime in Antwerpen ist, hielt laut „Rhein.-Westfäl. Ztg." eine ausserordentliche Hauptversammlung ab zum Zweck einer Umorganisation durch den Beitritt der Firma Hugo Stinnes G. m. b. H. in Mülheim/Ruhr. Bei den Neuwahlen zum Aufsichtsrat wurden gewählt: Friedr. Wallmichrath, Generaldirektor der Firma Hugo Stinnes G. m. b. H., Wilh. Bartling, Direktor der Schifffahrtslinie Hugo Stinnes, Hamburg, Dr. Friedr. Wilh. Mayer, Direktor der Firma Hugo Stinnes, Mülheim, und Liebens, Generaldirektor der Société financiere de charbons et minerals, Gesellschaft der Firma Hugo Stinnes, Brüssel. Ueber die Höhe der Beteiligung ist nichts bekannt.

✱ **Steinkohlenbergwerk Becker Akt.-Ges.** in Bochum. Der Aufsichtsrat hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung die Beschlussfassung über die Aufstellung der Goldmarkeröffnungsbilanz mit Rücksicht auf den Uebergang der Aktienmehrheit an den Lothringen-Konzern vertagt. Wie verlautet, ist die Zusammenlegung des 100 Millionen betragenden Aktienkapitals auf 5 Millionen M beabsichtigt. Von seiten der Reichsregierung sei eine Erklärung abgegeben worden, dass sie gegen die Form des jetzt vorgenommenen Besitzwechsels an den Aktien der Gesellschaft Einwendungen erheben werde.

✱ **Bayerischer Lloyd-Schifffahrts-Akt.-Ges.** in Regensburg. Die Gesellschaft unterhielt mit der süddeutschen Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft in Wien bis Ende 1925 Betriebsgemeinschaftsverträge. Durch den Uebergang der Aktien des genannten Unternehmens auf die erste Donaudampfschifffahrtsgesellschaft in Wien und die Königl. Ungarische Fluss- und Seeschiffahrts-Akt.-Ges. in Budapest sind diese Verträge erloschen.

✱ **Brauhaus Nürnberg Akt.-Ges.** in Nürnberg. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Dividende von 15 RM auszuschütten, und unter Einziehung von 7,6 Millionen M Vorratsaktien das Aktienkapital von 22,4 Millionen M im Verhältnis von 4 : 1 umzusetzen.

Liquidierung des Wiener Bankhauses Kola & Co. Wie das „Neue Wiener Journal" erfährt, wird das Wiener Bankhaus Kola & Co., das in den Jahren nach dem Umsturz meistgenannte Privatbankhaus Wiens, demnächst vollständig liquidiert werden. Das Bankhaus bestand schon vor dem Kriege. Sein glänzender Aufschwung begann jedoch erst in der Zeit nach dem Umsturz, als die

Bank zwei Jahre hindurch als Treuhänderin des österreichischen Finanzministeriums am Züricher Platz tätig war und die grössten Devisengeschäfte für die österreichische Regierung durchführte. Die Brüder Kola erlitten jedoch im Jahre 1922 schwere Verluste bei der Stützungsaktion für die polnische Mark und konnten sich von diesem Schlage nicht mehr recht erholen.

*** Die Opposition bei der R. Dolberg Maschinen- und Feldbahnfabrik Akt.-Ges. (Barmat-Konzern).** Ueber die Vorgänge in der Generalversammlung am 30. Dezember, die über die Reichsmarkeröffnungsbilanz und über die Kapitalumstellung zu beschliessen hatte, haben wir im Morgenblatt vom 31. Dezember bereits ausführlich berichtet. Beanstandungen der Opposition, gegen deren Stimmen die Verwaltungsanträge schliesslich durchgedrückt wurden, laufen, wie aus einer Zuschrift des Herrn Rechtsanwalts Michaelis-Hamburg, der im Namen des Schutzverbandes der Dolberg-Aktionäre Protest zu Protokoll gab, im Zusammenhang auf folgendes heraus.

Zwischen der Dolberg Akt.-Ges. und der zum gleichen Konzern gehörigen I. Roth Eisengiesserei Akt.-Ges. bestand ein Vertrag, nach dem die Dolberg Akt.-Ges. auf das wertvollste Aktivum der Gesellschaft, eine in Dortmund befindliche Fabrik, eine Sicherheitshypothek in Höhe von einer Million Goldmark hatte eintragen lassen, die für die von der Roth Akt.-Ges. übernommene Obligationsanleihe in Höhe von 13 Millionen GM als Sicherheit dienen sollten. Die I. Roth Akt.-Ges. hatte als Gegenleistung die Verpflichtung übernommen, den Geldbedürfnissen der Dolberg Akt.-Ges. durch Hergabe von Barkrediten Rechnung zu tragen; und zwar bis zu einer Million GM zum Zinssatz von 11 pCt. pro anno. In der Goldbilanz werden nun die zu dieser Fabrik sich befindlichen gehörigen Grundstücke, Gebäude und Maschinen mit insgesamt nur 414 000 RM eingesetzt. Die Aktionäre führten aus, dass man nicht gut für Werte, die man selbst nur als mit 414 000 M richtig einschätze, eine Sicherheit von 1 Million GM habe leisten können. Es müssten also die Werte in der Goldmarkbilanz auf der Aktivseite wesentlich höher eingestellt werden, so dass sich das Umstellungsverhältnis grundlegend ändern müsse. Da zugleich in der Generalversammlung beantragt und gegen den Protest der Opposition beschlossen wurde, die im Portefeuille der Gesellschaft befindlichen Vorratsaktien in Höhe von einem Drittel des gesamten Aktienkapitals gleichmässig mit den übrigen Aktien umzustellen und sie zu einem etwas über 100 pCt. liegenden Kurse an eine der Verwaltung nahestehende Seite zu veräussern, so lag darin nach Ansicht der Opposition eine Schädigung der unabhängigen Aktionäre. Die Opposition verfügte, wie erinnerlich, zunächst über eine qualifizierte Minderheit, so dass die Genehmigung der Papiermarkbilanz vertagt wurde. Im Laufe der Generalversammlung wurden jedoch von einer der Verwaltung nahestehenden Seite dem Aktionär Kallmann für sein Aktienpaket der Kurs von 8,5 pCt. geboten, mit der Bedingung, dass er seine Stimmen für die Verwaltung verwandt werden. Der damalige Börsenkurs — die Aktien werden in Hamburg amtlich notiert — stellte sich auf 4 pCt. B., jetzt auf 3¾ pCt. bzw. gestrichen Brief. In dieser Handlungsweise sieht die Opposition einen Verstoss gegen § 317 HGB., der bekanntlich den Stimmkauf verbietet. Die Opposition verfügte sodann nicht mehr über die qualifizierte Minorität, so dass die übrigen Beschlüsse gegen den Protest der Opposition gefasst werden konnten. Die bereits vertagte Verhandlung über die Papiermarkbilanz wurde denn auch wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt und ebenfalls im Sinne der Verwaltung beschlossen. Die Opposition gab gegen sämtliche Beschlüsse Protest zu Protokoll.

Die Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage, die die opponierenden Aktionäre anstrengen wollen, dürfte in mancher Hinsicht von Interesse sein. Der Unterschied, den die Bewertung des Anlagevermögens einmal für die Sicherheit der I. Roth-Anleihe und dann für die Bewertung in der eigenen Reichsmarkeröffnungsbilanz aufzuweisen hat, muss auch unseres Erachtens nachgeprüft werden. Der Bericht der Verwaltung über den Hergang der Umstellung besagt lediglich, dass die einzelnen Vermögensgegenstände mit den Anschaffungspreisen unter Berücksichtigung normaler Abschreibungen bilanziert worden wären. Was den weiteren Einwand der Opposition anlangt, dass das von der Verwaltung dem Aktionär Kallmann gemachte Kaufangebot unstatthaft sei, so ist sehr wahrscheinlich der § 317 HGB. anzuwenden. Dort wird nämlich unter Strafe gestellt, wer sich besondere Vorteile dafür gewähren oder versprechen lässt, dass er bei einer Abstimmung in der Generalversammlung in gewissem Sinne stimmt, oder sich der Abstimmung fernhält. Derselben Strafe unterliegt der, der einen Aktionär hierzu veranlasst. Da Herr Kallmann aber in der zweiten Abstimmung mit der Verwaltung gestimmt hat, so liegt nach dem von der Verwaltung unbestrittenen Kaufangebot eine unstatthafte Beeinflussung vor. Auch diese Vorgänge werfen ein Schlaglicht auf die eigenartige Geschäftsgebarung des Barmat-Konzerns.

*** Ein neues Bankkommissionsgeschäft** ist in Charlottenburg unter der Firma Walter Davidsohn errichtet

*** Bamag-Meguin-Umstellung 10 : 1.** In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Umstellung der 160 Millionen M Aktien im Verhältnis von 10:1 auf 16 Millionen RM vorzuschlagen. Die Geschäftsaussichten wurden als befriedigend bezeichnet.

*** Die Thyssen-Anleihe in Amerika perfekt.** Dem W. T. B. wird aus New-York gemeldet: Die Anleiheverhandlungen zwischen der Thyssen-Gruppe und der Dillon Read Co. wurden unter günstigen Bedingungen abgeschlossen. 12 Millionen Doll. Goldobligationen der August Thyssen Eisenwerke und der mit ihnen verbundenen Bergwerks- und Handelsgesellschaften werden zu 7 pCt. auf fünf Jahre mit einem Tilgungsfonds aufgelegt. Von beteiligter Seite wurde erklärt, dies sei auf dem amerikanischen Markt die erste deutsche grosse Anleihe auf hypothekarischer Grundlage. Der schwierige Versuch, die bei einem hypothekarisch sicherzustellenden Anleihe in Wallstreet üblichen, bekanntlich weitgehenden Forderungen mit den Wünschen eines führenden deutschen Grossunternehmens in Einklang zu bringen, ist somit geglückt. Dies ist ein Beweis für die Geschicklichkeit und die Zähigkeit der beiderseitigen Unterhändler. Dieses sei für die deutsche Wirtschaft bedeutsame Ereignis ist ein Weiser für die Zukunft und liefert den Beweis von dem guten Willen der hiesigen Finanzwelt und von dem Vertrauen der amerikanischen Kreise in den Wiederaufbau Deutschlands. Die International Acceptance-bank ist an der Anleihe beteiligt. Deutscherseits wurden die Verhandlungen von Generaldirektor Karl Rabes von den Thyssen-Werken und dem Köhler Bankier Walter Barth, ehemaligem Direktor der Darmstädter Bank, geführt, die inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt sind.

*** Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. — Das Projekt der Plazierung von Pfandbriefen in Amerika zunächst gescheitert.** — Die sieben Banken haben den Höchstbetrag einer 5proz. Emissionsserie, die bereits im Oktober in Berlin eingeführt wurde, festgelegt und die Emissionsgrenze für jede Bank auf 70 Millionen Pfandbesitz und 70 Millionen GM Kommunalschuldverschreibungen im Höchstbetrage festgesetzt. Die Goldmarkpfandbriefe lauten auf 8 pCt. Zinsen und sind als Emission III bezeichnet. Die Kommunalobligationen tragen den gleichen Zinssatz und gelten als Emission IV. Die Pfandbriefe wurden im Herbst zu 96 pCt. notiert, weil man den Plan unterstützen wollte, einen grossen Posten im Auslande abzusetzen. Die „Frankfurter Zeitung" erfährt und erhält bestätigt, dass derjenige Teil der amerikanischen Projekte der Emissionsgruppe, der auf die Plazierung von Goldmarkpfandbriefen in grosser Höhe durch eine erste amerikanische Gruppe hinzielte, gescheitert ist. Ein zweites Projekt soll die amerikanischen Bedenken aus dem Wege räumen. Die Haupthinderungsgründe werden darin gesehen, dass das amerikanische Publikum an Dollaremissionen gewöhnt sei, die in Deutschland nicht gestattet werden können und ferner, dass von der Verzinsung von 8 pCt. die Kapitalertragssteuer zurzeit ein Zehntel verschlägt, eine Kürzung, die die amerikanische Käuferschaft nicht versteht. Man sucht den Ausweg dahingehend, dass die Hypothekenbanken zweite Hypotheken in Feingeld auch weiter in Deutschland erwerben und verwalten wollen, dass diese aber einer amerikanischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden unter bestimmten Kanteln. Die amerikanische Gesellschaft soll unter Führung grosser amerikanischer Banken ihrerseits amerikanische auf Dollar lautende Stücke ausgeben.

*** 30 Millionen Dollars Silbermünzen im amerikanischen Zahlungsverkehr.** Das amerikanische Schatzamt kündigt an, dass dem Standard-Silberdollar künftighin wieder sein früherer Platz in der Währungsstruktur der Vereinigten Staaten eingeräumt werden soll. Das Schatzamt hat beschlossen, im Laufe dieses Jahres Silbermünzen im Betrage von 20 Millionen Dollars in den Verkehr zu bringen, und zwar in der Weise, dass die Behörden bei Gehältern und Löhnen Restbeträge bis zu 5 Dollar in Silbermünzen auszahlen. Das Bundesreserveamt und die zwölf Bundesreservebanken haben sich bereit erklärt, an der Einführung der Silbermünzen in den Geldumlauf mitzuwirken.

* Ziemlich widerstandsfähige Haltung. — Renten schwankend.

Verlauf: Bei grosser Zurückhaltung abbröckelnd.

Trotz verschiedener ungünstiger Nachrichten, die heute vorlagen, konnte der Verkehr an der Börse sich in widerstandsfähiger Haltung abwickeln. Wenn es heute nicht zu grösseren Kursrückgängen kam, so lag dies hauptsächlich in der nach wie vor bestehenden grossen Geldflüssigkeit. Anregende Momente waren nur in ganz geringem Masse vorhanden, während die ungelöste Regierungskrise die Ablehnung des von Frankreich vorgeschlagenen Handelsvertragsentwurfes, die scharfen Ausführungen Chamberlains in der Kölner Frage und ähnliche Meldungen geeignet waren, eine grosse Zurückhaltung hervorzurufen. Wen auch der Grundton nicht einheitlich war, so konnte im allgemeinen doch eine verhältnismässig feste Stimmung beobachtet werden. Allerdings kam es nur in Spezialwerten zu nennenswerten Kursbesserungen, so vor allem in Harpener, die zirka 2 pCt. im Kurse anzogen, und Th. Goldschmidt, die etwa 1½ pCt. gewannen. Bei Goldschmidt wurde davon gesprochen, dass eine Transaktion bei der Gesellschaft in Aussicht stehe. Einiges Interesse war auch für Siemens & Halske vorhanden, ohne dass es aber zu einer lebhafteren Kursbewegung kam. Am Rentenmarkt war das Geschäft zeitweise ziemlich lebhaft, doch unterlag die Tendenz verschiedentlich Schwankungen. 5proz. Reichsanleihe setzten zunächst höher ein, nämlich mit 0,03 pCt., sie senkten sich aber dann auf 0,905 pCt. Im **Verlaufe** wurde der Verkehr sehr ruhig und die Spekulation verhielt sich ebenso wie andere Interessenten durchweg abwartend. Die Kurse bröckelten teilweise ab und die Deckungskäufe, die anfangs eine Rolle spielten, hörten auf. 5pCt. Reichsanleihe senkte sich auf 0,90 pCt. Goldschmidt stellten sich auf 26¾ pCt. Fest waren auch Schlesische Zink, die 2 pCt. höher einsetzten und weiterhin ½ pCt. gewannen. Baltimore hatte im Verlaufe einen Kurs von 64½ pCt., der weiterhin auf 64 pCt. abbröckelte. Canada, die sich anfangs um 1 pCt. höher auf 36¾ pCt. gestellt hatten, gingen Kursveränderungen auf. Berliner Handelsanteile ermässigten sich von auf 36 pCt. zurück. Bankaktien wiesen im allgemeinen keine 172¼ pCt. auf 170 Goldprozent. Schwächere Haltung zeigten späterhin auch Norddeutsche Wolle und Stöhr. Charlottenburger Wasser waren ziemlich gut im Kurse gehalten.

Späterhin schrumpfte das Geschäft noch stärker ein. Die Kurse bröckelten teilweise etwas ab. Am **Schluss** herrschte Geschäftsstille.

Der Markt der nur zu Einheitskursen notierten Werte neigte zu Schwäche, im Zusammenhang mit verschiedentlichen Realisationen des Publikums. Stärker gesucht waren Annaburger Steingut (— 2 pCt.), Deutsche Jute (— 1½ pCt.), Schwelmer Eisen (— 3 pCt.), Eintracht (— 2½ pCt.). Anderserseits konnten sich Heckmann um 2½ pCt., Magdeburger Bergwerk um 9½ pCt. und Rheinisch-Westfälischer Kalk um 4 pCt. befestigen.

Höher: Klauser Spinnerei ¾, Berl. Hotel-Ges. 1¼, Nürnberger Herkules ¾, Gundlach ¾, Heckmann 2¼, Doornkaat ¾, Caroline ¾, Wunderlich ¾, Magdeburger Bergwerk 9½, Schiess & Co. ¼, Erlanger Baumwolle 1¼, Keramag ½, Rhein.-Westf. Kalk 4, Roddergrube 1¼, Scholler Ettorf 6, Koch Nahmaschinen 2, Nordd. Eiswerke ½.

Niedriger: Annaburger Steingut 2, Chem. Werke Albert ¼, Wessel Porz. ¼, Egestorff Masch. 5½, Bachmann & Ladewig 1, Neurode Kunstanstalt ¼, Erdmannsd. Spinnereri 1, Bremer Oel 1, Deutsche Spiegelglas ¾, Verkehrswesen ¼, Braunschw. Masch. ¼, Deutsche Jute 1½, Maschinenfabrik Baum ⅞, Hilgers ½, Bayer. Cellulosi ¾, Grevenbroich Masch. ½, Wilke 1¼, Günther & Sohn 1¾, Hein, Lehmann ⅞, Schwelmer Eisen 3, Gildemeister ½, Ver. Deutsche Nickelwerke 1, Malmédie ½, Stassfurter chem. Fabr. ¾, Witten Gussstahl ⅞, Capito & Klein 1¾, Girmes ½, Eckert Masch. 1¼, Anhalter Kohlen 1½, Eintracht Braunk. 2½, Niederlaus. Kohlen 1½, Ilse Genussscheine 2¼, Rositzer Zucker ¾.

Am Markt der unnotierten Werte war die Tendenz ziemlich widerstandsfähig bei sehr geringer Umsatztätigkeit.

Bezugsrechte: Victoria Feuer-Vers. 60 M p. Stück.

An den Rentenmärkten war die Stimmung auch heute sehr nervös, und die Kurse waren grossen Schwankungen unterworfen. Die Tendenz neigte nach festem Beginn eher zur Schwäche. Die 5proz. Reichsanleihe, die vorbörslich mit 0,93 pCt. gehandelt wurde, schwankte im Verlaufe zwischen 0,895 und 0,915 pCt., 3½proz. Konsols wurden mit 1,45 bis 1,3875 bis 1,4 pCt., Schutzgebietsanleihe mit 6¾ pCt., 23er K-Schätze mit 2,75 bis 2,625 bis 2,65, Zwangsanleihe mit 120 gehandelt. Türkische Anleihen wurden höher bewertet. Auf ungarische Anleihen übten die Meldungen von der Errichtung der Caisse Commune in Paris wenig Einfluss aus.

Am Geldmarkt dauerte die leichte Tendenz unverändert an. Tagesgeld war mit 8—9 pCt. nur zum Teil unterzubringen, Monatsgeld wurde mit 10—12 pCt. gehandelt. Privatdiskonte sind mit 8¾ pCt. nicht zu haben. Warenwechsel mit erster Girounterschrift 9¼ pCt. schwer erhältlich. Die Seehandlung setzte den Satz für Einlagen herab, und zwar für Tagesgeld auf 5 pCt., für Geld auf einen Tag auf 4 pCt.. Sie nahm aber auch mit diesen Sätzen nur wenig Geld herein.

Am Devisenmarkt war im Usanceverkehr London wieder sehr fest, gegen Kabel 4,78¾ auf 4,78¾. Auffallend schwach war Zürich, gegen Kabel mit 5,14¾, später noch schwächer mit 5,15½ (gestern 5,14). Agram erhöhte seinen Kursstand weiter gegen Zürich auf 9,10. Paris etwas schwächer, gegen London 89,05 auf 89,25. Devisenanleihen unverändert. Dollarschätze 90,5 pCt. Goldanleihe unverändert.

Devisen- und Banknotenkurse.

(In Billionen Mark.)

Bankdiskont.	9. 1. Geld	9. 1. Brief	8. 1. Geld	8. 1. Brief	9. 1. Geld	9. 1. Brief	8. 1. Geld	8. 1. Brief
	Devisen				Banknoten			
10 Deutschland								
4½ 100 Holland	170,34	170,76	170,29	170,71	169,97	170,83	169,87	170,73
7 100 Dänem.	75,11	75,29	74,51	74,69	74,95	75,34	74,31	74,69
5½ 100 Schwed.	113,01	113,29	113,01	113,29	112,72	113,20	112,67	113,23
7 100 Norweg.	64,27	64,43	64,02	64,18	64,11	64,43	63,99	64,11
10 100 Finnland	10,55	10,59	10,545	10,585	10,50	10,56	10,49	10,55
4 100 Schweiz	81,38	81,58	81,72	81,92	81,38	82,78	81,67	82,07
1 1 Argentinien	1,674	1,678	1,678	1,682	1,66	1,68	1,665	1,685
13 1000 D-Oest.	5,907	5,927	5,907	5,927	5,90	5,92	5,907	5,927
10 1000 Ungarn	5,82	5,84	5,80	5,82	5,795	5,815	5,77	5,79
6 100 Tsch.-Sl.	12,51	12,65	12,64	12,68	12,57	12,63	12,625	12,665
5 100 Spanien	59,58	59,82	59,38	59,52	59,35	59,65	59,10	59,40
3 1 Amerika	4,1 5	4,205	4,1 5	4,205	4,172	4,192	4,172	4,192
5½ 100 Belgien	20,89	20,97	20,96	21,04	20,83	20,93	20,93	21,03
4 1 England	20,077	20,127	20,02	20,07	20,055	20,145	19,995	20,095
7 100 Frankr.	22,51	22,57	22,68	22,74	22,4	22,60	2 67	22,79
5½ 100 Italien	17,67	17,71	17,72	17,77	17,68	17,76	17,71	17,70
6 100 Bulgar.	3,06	3,07	3,06	3,07	3,03	3,05	3,03	3,05
6 100 Rumän.					2,15	2,17	2,16	2,18
— 100 Jugosl.	7,49	7,51	6,94	6,96	7,49	7,53	6,89	6,93
— 1 Japan	1,608	1,612	1,613	1,617				
— 1 Rio Janeiro	0,489	0,491	0,484	0,486	0,475	0,495	0,465	0,485
9 100 Portugal	19,88	19,92	19,88	19,92				
— 100 Danzig.	79,70	79,90	79,40	79,60	79,45	79,85	79,10	79,50
Konstantinopel	2,29	2,30	2,295	2,305				

*** Ostdevisen** wurden heute von der halbamtlichen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 2,165 G., 2,175 B., Warschau 80,35 G., 80,75 B., Kattowitz 80,45 G., 80,85 B., Riga 80,50 G., 80,90 B., Reval 1,117 G., 1,123 B., Kowno 41,32 G., 41,73 B., Athen 7,63 G., 7,67 B., Posen 80,50 G., 80,90 B., Notenmotierungen: Polnische Mark 79,95 G., 80,75 B.

*** Vom internationalen Devisenmarkte** wurden heute mittag folgende Kurse gemeldet:

London, 11 Uhr: Berlin 2008, Paris 8906, Brüssel 9600, Amsterdam 1177, Italien 113,55, Spanien 3362, Schweiz 2464, Kopenhagen 2676, Stockholm 1774, Oslo 3125, New-York 478, Rumänien 930, Buenos Aires 457 1/16, Budapest 345, Prag 159, Helsingfors 189¾, Belgrad 268, Sofia 658.

Amsterdam, 12 Uhr: Berlin 5860, London 11774, New-York 246¼, Paris 1320, Belgien 1222, Schweiz 4795, Italien 1010, Oslo 3770, Kopenhagen 4380, Stockholm 2660, Wien 3¼, Prag 742.

Zürich, 12 Uhr: Paris 27688¾, London 2464, New-York 515¼, Belgien 2566¼, Italien 2168, Spanien 5317½, Holland 209,15, Berlin 122,70, Wien 72¾, Stockholm 138¾, Oslo 7867½, Kopenhagen 9167½, Sofia 376¼, Prag 1550, Warschau 98¾, Budapest 70¾, Belgrad 912½.

Paris, 11 Uhr: New-York 1862, London 8916.

*** Sofia,** 9. Januar. (Privatmeldung der Kreditbank in Sofia.) Dollar 137,20 Geld, 139 Brief, Pfund Sterling 651 Geld, 662 Brief.

*** Konstantinopel,** 8. Januar. Paris 10,00, New-York 0,54¾, Amsterdam 1,34½, Mailand 12,88, Schweiz 2,79, London 8,73, Belgien 10,90, Berlin 2,28. (Bei London Kurs für 1 englisches Pfund, bei allen anderen Notierungen für 1 türkisches Pfund.)

*** Die Notierungsumstellung auf Reichsmark bei Aktien, die an mehreren Börsen gehandelt werden.** Bei Gesellschaften, deren Aktien an mehreren Börsen zum Handel zugelassen sind, hat die Durchführung der Vorschriften der 6. Durchführungsverordnung zu Misständen geführt. Es hat sich herausgestellt, dass die Emissionshäuser häufig die Bekanntmachungen zwar für eine Börse erlassen und bei dieser die Reichsmarknotierung herbeiführen, die übrigen Börsen aber, an welchen die Aktien ebenfalls gehandelt werden, nicht angeben oder doch erst nachträglich sich an diese mit ihrem Antrage wenden. Zur Abhilfe dieses Uebelstandes haben die Zulassungsstellen zu Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, München und Köln für solche, bereits zugelassenen Aktien, die an mehreren der genannten Börsen gehandelt werden, folgendes vereinbart: Die Emissionshäuser oder die Verwaltungen der Gesellschaften sollen bei der Stellung des Antrags auf Umstellung zur Goldmarknotiz selbst angeben, ob die Aktien ausser bei derjenigen Börse, bei welcher der Antrag geschieht, noch bei einer anderen an der Vereinbarung beteiligten Börse zum Handel und zur Notiz zugelassen sind. Sie sollen alsdann mit ihrem Antrage so viel weitere Exemplare des Bekanntmachungsentwurfes zur Prüfung einreichen, als andere Börsen für den Handel in Frage kommen. Die einzureichenden Entwürfe sollen die Besonderheiten der anderen Börsen mit berücksichtigen, so dass die Bekanntmachung einen einheitlichen, für alle in Betracht kommenden Börsen gültigen Wortlaut haben kann und nur einmal im „Reichsanzeiger" zu erscheinen braucht. Die zunächst angegangene Zulassungsstelle ist alsdann verpflichtet, an jede der beteiligten Börsen ein Exemplar mit der Aufforderung zur Prüfung und Genehmigung zu senden. Wenn eine Aeusserung von der angegangenen Zulassungsstelle nicht innerhalb einer Woche nach Empfang des ihr übersandten Prüfungsexemplars eingegangen ist, so gilt der Entwurf auch von der stillschweigenden Zulassungsstelle als genehmigt. Die Emissionshäuser und die Verwaltungen der Gesellschaften sollen bei derjenigen Börse ihren Antrag in dieser Weise einreichen, bei welcher nach Auffassung der Verwaltung der Gesellschaft der massgebliche Börsenhandel stattfindet, oder bei der Börse, in deren Wirtschaftsbereich das betreffende Aktienunternehmen seinen Sitz hat.

Berliner Produktenverkehr.

Hatte Argentinien gestern im Gegensatz zu den festeren nordamerikanischen Depeschen seine Forderungen ermässigt und dadurch hier die Marktlage verflaut, so kam es heute zu keinem Entgegenkommen, und daraus erklärte sich die bald nach Markteröffnung vermehrt herauskommende Deckungsfrage für Weizen und Roggen, die den Preisen eine Stütze bot. Im Inlande zeigt sich für Roggen wohl Material, doch hielten Verkäufer auf Preise, während sich im Laufe des Verkehrs etwas mehr Frage der Mühle zeigte, die schon vorher besonders an der Küste bestanden hatte. Gerste genügend angeboten, aber zu besseren Qualitäten gut behauptet, auch sonst nicht billiger zu kaufen. Hafer in feiner Ware knapp und fest, andere Ware genügend offeriert. Mehl blieb ruhig. Kleie fest, andere Futterartikel behauptet.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 1000 kg in Mark: Hafer, gut 206—207, mittel 202 bis 205, Gerste 243—256, Platamais 223, kleiner Mais 230—235, Roggenkleie 158—159.

Kartoffeln, weisse 2,10, rote 2,30, gelbfleischige 3,00 Mark.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	9. 1	8. 1		9. 1	8. 1.
Weizen, märk.	230 242	238–243	Weizenkleie, tr. Bln.	15,90–16,00	16,00–16,20
· pom.			Roggenkleie	15,00–15,20	15,00–15,20
Roggen, märk.	228–234	229 235	Raps	40	40
· mecklbg.	—	—	Leinsaat	420 425	420–425
· westpr.			Viktor.-Erbs.	31,00–35,00	31,00–35,00
Gerste, Futter-	202–218	200–218	Kl. Speiseerbs.	20,00–22,00	20,00–22,00
· Sommerg.	281–293	281–293	Futtererbsen	19,00–20,00	19,00–20,00
Hafer, märk.	175–184	175–184	Peluschken	15,00–16,00	15,00–16,00
pomm.	164–174	164–174	Ackerbohnen	18,00–19,00	18,00–19,00
westpr.	—	—	Wicken	16,00–18,00	16,00–18,00
Mais, loco Bln.			Lupinen, blau	11,00–13,00	11,00–13,00
Weizenmehl	221–224	220–224	Lupinen, gelbe	16,00	16,00
Roggenmehl			Serradella alte	10,00–12,00	10,00–12,00
per 100 kg tr. Bln. br. incl. Sack	31,75–34,50	32,75–35,00	neue	16,00–18,00	16,00–18,00
Rapskuchen (feinst. Mark. überNotiz)	32,50–34,75		Rapskuchen	18,00–18,20	18,00–18,20
			Leinkuchen	26,00	26,00
			Trockenschnitz.	9,50	9,40–9,50
			vw. Zuckerschn.	—	—
			Tortmel. 30/70	9,60–10,00	9,60–10,00
			Kartoffelflock.	19,00–19,50	19,50–19,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte.

Weizen: Januar —, Februar 262, März 266—268,25, April —, Mai 278—281—289,5. — Roggen: Januar 246, Februar 250, März 261—261,5, April 264, Mai 269—270,5. — Hafer: Januar 164—174, April 157—160, Mai 217—217,75. — Mais: Mai 211.

Metallpreise in Berlin (100 kg in G.-M.)	9. Januar	8. Januar
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz	142,5	143,25
Elektrolytkupfer wire bars (f. 100 kg in M.)		
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt.	131,50–132,50	132,00–133,00
Originalhüttenweichblei	84,00–85,00	87,00–88,00
Originalhüttenrohzink (Pr. f. freien Verk.)	77,00–78,00	78,00–79,00
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverbandes) nominell	—	—
Remelted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit	69,00–70,00	71,00–72,00
Originalhüttenaluminium, 98–99 pCt. in Blöcken, Walz- und Drahtbarren	230–235	230–235
desgl. in Walz- oder Drahtbarren, 99 pCt.	240–245	240–245
Banka-, Straits-, Australz. in Verkäufersw.	565–565	565–570
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	540–550	545–555
Reinnickel, 98–99 pCt.	325–335	325–335
Antimon-Regulus	135–137	135–137
Silber in Barren, ca. 900 fein	35,50–34,50	35,00–34,50

*** Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde** vom 9. Januar. Rindermarkt: Auftrieb 445 Stück Rindvieh, 128 Stück Kälber, 415 Stück Milchkühe, 1 Zugochse, 9 Stück Bullen; 20 Stück Jungvieh, 705 Stück Pferde. Verlauf des Marktes: Etwas lebhafter. Es wurden gezahlt für Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 380—510 M, 2. Qualität 250—360 M, 3. Qualität 200—250 M, B. Ausgesuchte Kühe über Notiz; tragende Färsen: 1. Qualität 250—410 M, 2. Qualität 160—230 M per Stück. C. Zugochsen: —. D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen 32—35 M per Ztr. Lebendgewicht. E. Pferdemarkt: Ausgesuchte Posten über Notiz: Pferde: 1. Klasse 1100—1500 M, 2. Klasse 800—1100 M, 3. Klasse 500—800 M, 4. Klasse 300—500 M.

*** Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Preise für Zuckerraffinade (ausschliesslich Verbrauchssteuer und Sack) für 50 kg netto ab Verladestelle Magdeburg bei Mengen von mindestens 200 Ztr. gemahlenem Melis bei prompter Lieferung 15⅞, 16⅞ Goldmark, bei vier Wochen 16¾ Goldmark. Tendenz ruhig.

*** Die erste Leipziger Garn-Börse** im Jahre 1925 war gut besucht. Es herrschte rege Nachfrage namentlich für nahe Termine, doch wurden auch schon Geschäfte für das dritte Quartal abgeschlossen. Geforscht wurden je nach Qualität auf Lieferung für amerikanische Webgarne Basis 29 pro kg 109—112 Dollarcents, für prima amerikanische Strumpfgarne Basis 20 pro kg 98—110 Dollarcents, für amerikanische Webgarne 36—42 pro kg 109—112 Dollarcents, für Maccostrumpfgarne Basis 20 cardiert pro kg 71 Pence, für Maccostrumpfgarne gekämmt pro kg 86 Pence, für Maccofeingarne Basis 80 gekämmt per kg 150 Pence. Die nächste Leipziger Garnbörse findet am 13. März 1925 statt.

*** Bremen,** 9. Januar. Baumwolle 26,21.

*** Alexandria,** 8. Januar. Sakellaridis per Januar 57,80, Ashmouni per Februar 31,25, Sakellaridis per März 56,45, Sakellaridis per Mai 54,90, Ashmouni per Oktober 31,75.

*** Buenos Aires,** 8. Januar. Weizen Tendenz ruhig. Per Februar 15,65 (15,75), per März 15,75 (15,85), Mais per Januar 11,60 (11,00), per Mai 9,99 (9,95), Hafer per Februar 9,20 (9,20), Leinsaat Tendenz flau, per Februar 23,50 (23,80), per März 23,60 (23,95).

*** Rosario,** 8. Januar. Weizen Tendenz ruhig, per Februar 15,20 (15,25), per März 15,25 (15,30), Mais per Januar 10,60 (10,65), per Mai 9,55 (9,55), Leinsaat Tendenz flau, per Februar 23,50 (23,65), per März 23,60 (23,80).

*** Amerikanische Wirtschaftsnachrichten.** (Eigene Kabelmeldung vom 8. Januar.) **Amerikanischer Aussenhandel.** Die Aussenhandelsbewegung der Vereinigten Staaten weist für das abgelaufene Jahr folgende Ziffern auf: Einfuhr: 3 575 000 000 Doll. gegen 3 702 000 000 Doll. im Jahre 1923. Ausfuhr: 4 600 000 000 Doll. gegen 4 167 500 000 Doll. im Jahre 1923. — **Geldmarkt.** Die Firmen Morgan und Kuhn, Loeb & Co. offerieren 125 Millionen 5proz. Obligationen der American Telefon & Telegraf Co. Der Emissionskurs ist auf 95 pCt. festgesetzt. — Eine amerikanische Bank hat mit der Hafenbehörde von Montevideo eine 6proz. Anleihe in Höhe von 1 Million Dollar abgeschlossen. — **Bankfusion.** Wie verlautet, wird die Fusion der Chatan-Chenix Nationalbank mit der Metropolitan Trust Co. vorbereitet. — **Vom Stahltrust.** Beim Stahltrust rechnet man im laufenden Monat mit einer Zunahme der unerledigten Aufträge von über 600 000 Tonnen. Die Beschäftigung beim Stahltrust beträgt jetzt 88 pCt. der Gesamtkapazität. **Amerikanische Kupfervorräte.** Die Kupfervorräte in Nord- und — In Pittsburg ist der Roheisenpreis auf 23 erhöht. Die Anfragen für Lieferungen im zweiten Quartal sind sehr bedeutend. Da die Löhne in der Koksindustrie in letzter Zeit stark gestiegen sind, und dementsprechend die Koksproise heraufgesetzt sind, erwartet man für die nächste Zukunft eine weitere Erhöhung der Roheisenpreise. — **Vom Eisenmarkt.** Die starke Exportbewegung nach Deutschland, namentlich für Rohmaterialien und Getreide, ist jetzt so stark, dass der Dampfer „Deutschland" 1000 To. überflüssige Fracht zurücklassen musste. — **Erhöhung des Bleipreises.** Die American Smelting & Refining Co. erhöhte den Bleipreis abermals um 25 Punkte auf 10,25. — **Autopreisherabsetzung.** Die Studebaker Co. setzte die Preise für Autos um 50 bis 210 Doll. herab. — **Vom Dörrobstmarkt.** Dörrpflaumen im New-Yorker Markt neigen eher zur Unregelmässigkeit, während an der pazifischen Küste die Notierungen fortgesetzt sehr fest halten. Der deutsche Handel ist fortgesetzt mit grossen Orders am Markt. Aprikosen und Pfirsiche sind bei mangelndem Angebot recht fest, während Rosinen augenblicklich einen leichten Anflug von Abschwächung zeigen. — **Moderichtung für Damenstrümpfe.** In Fabrikantenkreisen wird angenommen, dass die Frühjahrsmode für Damenstrümpfe sich etwas von Fleischfarben ab-, und mehr den Stein-grau- und Bernsteinfarben zuwenden wird. —

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Felix Pinner.

Kurszettel der Berliner Börse vom Freitag, den 9. Januar 1925.

heits-Kurse
n einem * versehenen Papiere
n u. Goldprozenten (r h. ie
mark 1 100 Goldmark) notiert.
Ohne Gewähr.

utsche Staatsanleihen.

	heut.	vor.
...Werb.		
...Wall.32		
1000 $)	94,75	94,75
...th.A.1.2.		
...ufg. 5$)	100	100
...Wall.29		
...100 $)	94,75	94,75
...Reichs-		
...nk „K"	61,00	68,50
...Reichs-		
...ufg. „A"		
...ufg.(1,1%)	3,76	2,52
...1924		
...t.u.h.)	3,50	
...ufgs.1)	118	
...ttutgh.A.	6,75	6,60
...r Pram.	0,560	0,56
...st.Staats		
...ufg. 1918	1,15	1,15
...re 1901	1,90	2,00
...9,11/12,		
...14, 19	1,62	1,6
...99,1905		
...1900,04	1,46	1,45
...mer Anl.		
...2. 1923	0,12	0,12
...nb.St.R.	3,58	3,30
...St.-Anl.		
...1919	—	—
...1919 B	0,225	0,225
...50000.		
...0000 M	0,225	0,225
...0000CM	0,225	0,225
...1900	3,50	3,25
...1903		
...3 rz.53,		
...r rz. 66	3,25	3,125
...rt.St.-A.		
...v.87-04	3,15	3,20
...86,97,02	3,25	3,125
...ortlosch.		
...1923	0,085	0,08
...99,1905		
...8, 9, 12	1,58	1,5
...11/8.18	—	—
...1,94,97,		
...1900,09	1,60	1,6
...96,03-5	1,50	1,45
...ULA.14	1,75	1,55
...r Anl. 09	0,49	0,4
...1890,94,		
...1901,05	1,75	1,75
...hs.St.-R.	1,19	1,15
...t.S.6-20	1,33	1,45
...881-83	1,40	1,5

eutsche Pfandbriefe.

	heut.	vor.
...lenberg.	—	—
...ldd D, F	—	—
...D, E	—	—
...r.-u.Neu-	—	—
...ark, alte	—	—
...neue	—	—
...Kom-Obl.	6,55	—
...Deutsch.	—	—
...Central.	10,50	10,00
...	10,50	10,00
...	10,50	—
...preuss.	—	10,50
...	—	10,50
...	—	10,00
...mmersche	11,00	11,00
...	11,00	12,00
...ulf.Kigr.	—	—
...	—	—
...	—	—
...hs., alte	8,5	9,25
... neue	8,25	9,25
... alte	8,25	9,25
...ldes. alte	10,80	10,25
...Mosch. A	10,80	10,25
... D	10,80	10,25
...altfld. —	—	—
...Mosch. A	—	—
... D	—	—
...Liner ...	—	—
...	—	—
... alte	—	—
... neue	0,69	0,62
... alte	—	—
... neue	1,05	1,20
... neue	—	—
...r. Zinsstadt	—	—
...r. Pfdb.	0,12,18	12,00	13,50

...hdb. u. Schild-Verschr.
...sche Hypothek.-Banken

	heut.	vor.
...Mdb.-Bk.		
...Bk. A.2, 4-6		
... 3		
...Wochen		
...Pfdb. vert.		
...Mdb. Pfdb.		
...Hypbk Pfdb.		
...4, 7, 8		
...13-21-22		
...r. B. 5, 6,		
...20 (1)	5,60	5,75
...ldbg. (1)		
...kam. Obl.	—	—
...1, 2 (1)	—	—
...m. Ob. 33	0,24	—
... S4	—	—
... S5	—	—
...Hann.		
...Bk. Pfdb.		
...0-25 (1)	5,75	6,00
...20 (1)	4,40	4,10
...Obl. 231)		
...Hyp.-Bk.		
...r. Ser. 1,		
...1)	5,90	5,50
...22, 23	5,90	5,50
...25	5,90	5,50
...0, 35	0,35	3,5
...Obl. S1-3		
...Ser. 4	—	—
...Ser. 5	—	—
...Mdb. B1	—	—
...Hypbk. 1	—	—
...r. Ser. 1	—	—
...Ser. 2	—	—
...Ser. 3	—	—
...Ser. 4	—	—
...Ser. 5	—	—
...Ser.

Fortlaufend notierte Werte (Ohne Gewähr).

Festverz. Werte	Fortlaufende Kurse		Einheits-Kurse bezeichn.	vor.
Dell Schatzanweisung.			90,50	90,40
5% Reichsch. 1916 IV-V			—	—
4%	0,74		0,75	0,73
3-6-9 (Ag.)	0,695		0,70	0,675
50 Reichsanl.	0,910	0,91	0,90	0,845
4% "	1,105		1,05	1,11
3½% "	1,03		1,09	1,10
3% "	1,44		1,48	1,44
7-15% Pr. Schatzw. v. 5%-1.5.23	0,047		0,046	0,046
4% - 31.12. 34 (Hib.)			1,38	0,38
4% - aus os			—	—
4 - kons. Anl	1,22		1,03	1,10
5% - Kr. R.	1,405	1,412	1,235	1,26
3% "	1,27		1,405	1,37
4% Sy. S. anl.	1,68		1,27	1,2
5% "	1,69		1,62	1,63
5 Meiningen. Anl. 18-9 - abg.			1,63	1,64
4% - O4 - abg.			—	—
Mer Zwischenschaftout Trust-Cmp			39,75	33,50
4% Oesir. St.-Schatz.			17,00	—
4% Mamor Kl. Eb.-Anl. 7	6,90		6,50	—
4% Cer. Cer. Goldanl.	2,87		2,87	—
4% - Kr. R.	6,75		10,40	10,34
4% kons. J.J.			—	0,925
4% kons. M.N			0,875	0,90
4% Silber			0,875	0,90
4% Papier			1,25	1,30
4% Türk. Adm. Anl. 1903	8,75		0,80	0,825
4 Türk. Bagd. Eb.-Anl. 1	11,75		8,50	8,25
4% - - - Eb.-Anl. 2	8,75		11,50	11,40
4% - - - 03-06			8,50	8,25
4% Türk. Anl. 1905	7,37		16,00	16,00
4% - 08	7,00		7,37	7,00
4 - Zoll. obl. Tor 400fr	10,50		7,25	6,87
4% Ung. St.-R. 13	7,87		10,37	10,40
4% - - 14	7,80		22,75	22,75
4% Gold-R.			7,70	7,87
4 - St.-R. 10	7,30		7,70	7,80
4 Ug. Kr.-R.			9,60	9,70
4 Liss. Std. I, II			—	7,40
4% Mex. Bew.			1,37	—
4% abg.			4,50	4,60
Lomb. Obl. - neue			—	22,00
3% Mex. Gold			21,00	20,20
4% Mex. Inst.			8,40	—
4% V. Ist.			—	7,37

Aktien.			
Elektr. Hochb. Schantung	77,50	77,50	77,75
Akt. 1-60		2,50	2,62
Dest. ung. St.		—	27,75
Baltim. Ohio	64,00	64,40	64,12
Canada (o. Bezugsch.)	36,00	36,00	35,50
Anat. Eis. St.	6,87	6,80	—
- S. 2	6,25	6,50	6,50
Lux. Pr.-Hn		—	—
Westsiz. Ele.		—	—
Stbauantep National.		21,75	21,75
- abg.	21,75	18,60	18,87
4% - - - abg.	18,60	—	—
Dt.-Austr. Dampf...	29,50	29,50	30,00
Hamburg-Amerika P.	28,90	29,25	29,25	29,50
Hamburg-Südamer. D.	42,25	42,25	42,25	42,75
Hansa Japl.	13,60	13,60	13,50	13,80
Kosmos...	19,50		19,50	20,37
Nrdd. Lloyd	4,00	3,90	3,90	4,00
Eilbert. Lin.	13,80		13,80	13,87
Stett. Dampf	3,62		3,50	3,80
Vereinigte Elbeschiff.	3,12		3,10	3,20
Bank für elektr. Wert.	7,60	7,12	7,12	7,80
Bank für Brau.-ind.	2,10		2,10	2,30
Barm. Bank	1,60	1,60	1,60	1,62
Bayr. Hyp. u. Wechsel.	3,75		3,75	3,75
BayVereinbk	1,70		1,70	1,70
*Berl. Hdl.	172,50	170,00	170,00	173,50
Com. u. Pr.	6,87		6,87	7,00
Darmstädter u. Nation. B.	14,00	13,00	14,00	14,20
Disch. Bank	13,10	13,00	13,00	13,25
Disk.-Kom.	18,25	18,25	18,25	18,37
Dresd. Bk.	9,12	9,12	9,12	9,20
Leasner Creditanst.	1,87		1,87	1,90
Lpz. Kred.-A.	3,20		3,25	3,37
Mitdd. Kr.-Bk.	1,90	1,90	1,90	2,00
Oest. Kred.	10,50		10,50	10,75
Reichsbank	64,50	64,62	64,62	64,62
Wien. Bankv.	6,50		6,50	6,75
Schles. Bkv.	36,62	36,37	36,37	36,87
Accumul. Hagen...	62,25		62,00	63,00
Adlerwerke	3,10	3,00	3,00	3,10
Akt. G. f. Anil.	25,37	25,50	25,62	26,12
Allg. El. Ges.	12,25	12,30	12,37	12,37
Ungar. Guano	12,75		12,50	13,00
Anhlt. Z.u.P.	32,00		31,50	33,25
Augsb. Nürn.	34,25		34,87	34,00
Bad. Anl. Sd.	31,87	31,87	31,87	32,50
Bassalt A.-G.	17,40	17,25	17,37	17,87
Ueberger Tlh	6,12	6,00	5,90	6,00
Bergm. Elkt.	21,12	20,50	21,10	21,40
Stoln Mech	5,30		5,25	5,50
Bl. Burg. Eis.	0,70		0,70	0,75
*Bl.-Karlsr. Ind.-Ges.	138,50	139,00	137,00	144,90

Berl. Masch.	21,12	21,25	20,75	21,75
Bingwerke	4,37		4,30	4,50
Boch. Guss.	90,00	89,50	89,25	91,75
Gb. Bähl & Co	29,75	28,00	27,25	28,50
Sudr. Eisw	21,75		21,25	22,12
Buschtl. Kl.	12,87	12,90	12,90	13,37
Byk Guldenw.	2,50		2,50	2,70
Calmon Asb.	1,50	1,40	1,40	1,50
Chart. Wass.	37,12		37,12	38,00
Chem. Gries	25,87	25,30	25,50	26,25
Chm. Heyden	4,37		4,37	4,40
Contin. Gum.	11,50		11,50	11,50
Daiml. Motr.	4,00	4,10	4,00	4,00
Dess. Gas	41,00		40,87	42,12
Dtsch. Atl.	23,00	22,75	22,75	24,50
Dt.-Luxemb. Bergwerk	91,75	90,75	91,25	92,50
Dt. Erdöl	59,60	58,75	59,00	60,40
Dt. Kabelwk.	1,62	1,62	1,62	1,70
Dt. Kaliselwk.	35,00		36,00	36,75
Dt. Maschin.	10,00		10,25	10,50
Dt. Werke	4,10	4,10	4,10	4,12
Dt. Wollwasch.	7,10		7,00	7,20
Deutscher Eisenhandel	6,60	6,50	6,50	6,62
Drahtlos.				
Ubertorf	14,40	14,50	14,40	14,60
Dyn. A. Nobel	12,70	12,90	12,80	13,20
Eisenb. V.-M.	13,50		13,25	14,00
Elbert. Farb.	27,25		27,25	27,62
*El. Lieferng	110,00	109,25	109,25	112,00
Elektr. Licht u. Kraft	8,37	8,50	8,50	8,75
Essen Steink	78,00	77,50	78,00	79,87
Fahlberg L.	5,50		5,30	5,50
*Feldm. Pap	95,50	94,00	94,00	95,62
Felt. & Guill.	34,50	34,87	34,87	36,00
Gelsenkirch. Berge.	95,75	95,00	95,50	97,50
*Ges. f. elkt. Unterneh.	143,00		142,00	143,50
Gh. Goldsch.	25,37	26,37	26,62	25,50
Görlitz Waggon	5,10	5,10	5,10	5,30
Gothaer Wg.	4,80	4,70	4,75	5,00
Haackethal			3,60	3,60
Hammersen	22,90	22,75	22,75	23,12
Hann. Wagg.	10,25	10,00	10,00	10,30
Hansa-Lloyd Werke	1,62		1,40	1,60
Harburg Gum. Phönix	2,60		2,50	2,70
Harp. Bergw.	132,00	131,25	131,00	132,75
Hartmann M.	7,20	7,20	7,20	7,50
Held & Frank	0,77	0,75	0,75	0,775
Hirsch, Kupf.	23,75	23,75	23,10	24,50
Hochst. Frb.	27,00	27,12	27,25	27,50
Hochst. A.-G.	80,47		79,37	81,90
Hohenl. Wk.	24,25	24,50	24,50	25,50
Holzmann	6,20		6,25	6,20
Humb. M.		29,12	26,50	27,12
Jlse Bergb.	29,62	29,75	29,75	30,50
Kahlbaum	12,25	12,90	12,50	12,80
C. A. F. Kahlb.	32,75		32,75	34,25
Kalliwerk Aschersleben	20,75		20,37	20,50
Karlsruher Masch.	4,00	4,10	4,00	4,20
Kattowitz Bergbau	27,00		27,00	27,62
C. W. Kemp	0,70	0,67	0,675	0,70
Klöckn.-Werk	64,25		63,75	65,50
Köln-Neuss.	80,50	80,00	80,00	81,90
Köln-Rottw.	13,80	13,75	13,75	14,00

*Kortingr Gbr	87,50		88,10	90,00
Krauss Lok.	5,25	5,20	5,20	5,12
Lahmey & Co	14,37	14,25	14,25	14,75
Laurahütte	7,50	7,25	7,37	7,25
Linke Hofm.	13,00		13,00	13,30
Lod. Loewe	79,75		79,75	81,00
G. Lorenz	6,50	7,37	6,40	6,80
Mannesm. R.	65,50	65,00	65,75	67,75
Mansf. Bergb.	5,00		5,00	5,10
Dr. F. Meyer	0,72		0,75	0,80
Motor Daimler	24,25		24,12	24,90
Nat. Autom.	3,80	3,80	3,80	4,00
Norddtsch. Wollkämm.	71,75	70,87	71,37	71,70
J. S. Eisenbahn-Bed.	13,40	12,60	13,40	13,50
Eisen-Ind. Caro-Hg.	12,75	13,40	12,60	12,80
Kokew.	53,00	52,75	53,00	53,62
Oranienb. & Kappel	20,50	20,37	20,40	21,37
Jutawerke	36,75		36,00	36,90
Phönix Bgb.	57,80	57,25	57,10	59,25
Pöge Elektr.	1,75	1,70	1,70	1,75
Polyphon	7,70		7,62	7,87
Rathgeber Waggon	8,10	8,00	7,75	8,20
Rhein. Brk.	44,00	44,25	44,50	45,00
- Mel. V.-A.	11,75		12,80	12,37
- Stahlw.	52,00	52,00	52,10	54,40
- Spgst.	10,12		10,37	11,00
Rheinania Ver. chem. F.	7,70		7,70	7,90
J. D. Riedel	4,60	4,50	4,50	4,90
Rombach	29,62		29,50	30,10
Rückforth	0,77		0,80	0,75
Rütgerswk.	21,12		21,12	21,25
Sachsenwk.	2,20		2,25	2,25
Salzdetfurth	28,00	28,00	28,25	29,25
Sarotti Sch.	2,30		2,30	2,30
Scheidemühl. Schlesisch. Bergbau	22,50	22,75	22,75	23,37
*-Textilwk.	44,00	44,50	43,25	42,50
H. Schneider	86,25		84,00	86,90
*Schuh & Salz	6,70	6,70	6,87	6,70
Schock & Co.	140,00		140,00	14,25
Sieg. Soling.	65,25	64,75	65,00	67,00
Glasstaub Siemens & Halske	2,87	2,80	2,80	2,80
Stett. Vulk.	81,00	80,75	81,00	82,25
Stinn.-Hlob.	17,90		17,80	17,80
Störkuhrung.	48,50	47,25	47,75	49,00
Solbg. Link	61,75	62,00	62,00	62,37
Tel. Berliner	5,50	5,2.	51,00	53,30
Thüri Gel.	5,30	5,30	5,25	5,40
Leonh. Tietz	7,25		7,10	7,30
Türk. Tabak	7,40	7,40	7,30	7,70
Union Glas	—		—	—
Verein Berl. Mannheim.	8,50		8,50	8,75
Brk. a. Chem. Industrie	1,10			
Charlottenb.	0,30—0,35		3,20	3,30
Vogtl.-Tetr.	5,00		3,40	3,50
Chem. Hahn	0,02		2,20	2,00
Chem. Löbbe			8,50	8,50
Chem. Schultz	0,32—0,34		23,50	25,25
Dauerwäsche	0,06		8,00	8,12
Deut. Amerik.			13,25	13,40
Schmirgel.	0,25—0,35		2,10	2,30
Leutsche			132,00	122,00
Chem. Werk.	0,10—0,15		31,40	32,30

Unnotierte Werte

Heutige Kurse zwischen 1/12 u. 2 Uhr

(In Billionen Prozenten bezw. Mark)

Kolonialwerte.

Diamond Sh.	16,15
Südw.-Phos.	53,90—54,00
Siomon	12,00—12,50
Salitrea-Sh.	242,50—247,50
Pamena	—
Kacko	1,00—1,10
Cp. Hisp. Am. de B. Arg. 6% Rentenbds.	324,50
Span. 6% Rentenbds.	323,00
Aktien U. A.	1342,50

Kaliwerte.

Adler Kali	33,00—34,00
Beatha	425—4,50
Halle Kali	30,50—31,50
Hannover Kali	24,50—25,50
Heldburg Kali	—
Heldb. Vr.-A.	—
Krügershall.	12,25—12,50
Niedersachs.	9,25—9,50
Nonnenberg	—
Steinhöfel	—
Simmendal. Kali	1,00
Wittekind	8,50—9,00

Petroleumwerte.

Api	—
Dt. Petroleum Ipu	19,62

Industriewerte.

Aafa	—
Adler-Kühlw.	9,75
Agema	0,20
Akt. Ges. für Feinmech.	—
A.-G. f. mod. Produkte	—
Alfbr. A. Mosst.	6,25
Allemania	6,00
Allg. Hochh.	1,00—1,30
Avramik. Glg.	0,37
bayerne Holz	—
becker Kohle	7,50
becker Stahl	1,70—1,80
BenzMotoren	5,00
berl.-Halbst. Industriew.	0,07
Berl Schmitz	0,02
Brand. Futter	0,12
brown Boveri	—
Mannheim.	1,10
Brk. a. Chem. Industrie	0,30—0,35
Charlottenb.	—
Vogt.-Tetr.	5,00
Chem. Hahn	0,02
Chem. Löbbe	—
Chem. Schultz	0,32—0,34
Dauerwäsche	0,06
Deut. Amerik.	—
Schmirgel	0,25—0,35
Leutsche	—
Chem. Werk.	0,10—0,15

Dt. Eisapparat	0,45—0,50
Deutsche Lastauto	2,25—2,375
Dt. Textilwk. do. jungs	0,04—0,05
Dt. Wald	0,02—0,03
Dortmunder Zement	0,15
Dux Auto	1,90
Dux. Forzell.	54,00
Elektro-Osmose Leder	—
Eltzewagen	0,45
Frauenrother Porzellan	18,00—19,00
Frister & Rossmann	85,00
Getreide-Commission	45,00
Glückauf Braunkohle	2,30—2,20
Görl. Textr.	0,05
Grade-Auto	0,15—0,175
Grade-Motor	0,25—0,30
Großkraftwerk Frank Gründenwald	8,25—7,75
Hintz	—
Dr. Guggenheimer	—
Gummiw. Elbe	17,50
Haacen & Röttein	5,50
Hammerstein & Hofius	0,45
Hasse & Co.	0,90—1,00
Heidelberger Schnellpr.	—
Hochtreg. Maschinen	8,50—8,25
Holsatia	0,60
Holzminden Glas	0,375—0,40
Houben	1,10
Hüttenleder	0,175
J. I. Hänlich Sprit	1,375
Ibag	—
Ita	0,325
Kabel Rheydt	7,625
KaramElektro Gemose	0,15—0,175
Koch Schiffswerft	—
Kurzsche. Braunkohl.	0,60—0,70
Anton Lamberts & Sohn	0,60
Landbk. A.-G	—
Landlicht	0,21—0,17
Lux. Masch. Eisenw.	0,95
Larche & Nipp	0,325
Lindcar A to	0,04—0,05
Lloydlynamo	0,20—0,225
Ludwigsbg. Porzellan	—
Löhr Zement	0,325
Magnet-Mot.	1,00

Manoli Zigar.	1,15
Martins & B.	0,02
Masch. Gelat.	0,175
Mechanische Treibriemen	—
Meurer Spritz	—
Meyer. Textil	0,10—0,15
Montan - Ind.	—
Moldenat	0,015—0,02
Müller Kaffee	0,50
Nationalfilm	0,75—0,80
Neue Bodenverz.-Akt.	0,35
Nicolai Tabak	0,325
Niedg. Elese	0,30—0,96
Nies Zigar.	0,015
Nordd. Union	0,12
Nordd. Wolle	—
Oenousch	170
Oehr. Bergb.	17,70
Orpth. Mash.	0,80
Oles	1,625
Orionette	0,40
Ostd. Spedit.	0,0—0,05
Oswald - Film	0,02
Pinguin - Cig.	0,125
Poes Leder	0,275—0,30
Ravene Stahl	0,85
Reiners & S.	2,375
Rhenan. Pap.	0,04
J. Roth Eisengießerei	0,45—0,50
Ruhland Wag.	1,20—1,40
Russ. A.E.G.	1,50
Sächs. Tülk.	30,00
Schebera	2,90—3,00
Schles. Hefe	0,55—0,65
Schwabl Cig.	7,50
Sicco	0,1—0,175
Julius Sichel	3,20
Stahlw. Krone	0,50
Stahlw. Gose	0,03
Stock & Hoyer	—
Stowaer Mot.	11,75—12,25
Stralau. Glas	22,50
Süd. Kar. Schebera	1,10
Technik	0,175—0,30
Terra Film	0,425
Thermos	—
Thüring. Uhr.	0,425
Tiag	0,05
Trier Walzwk.	23,00
Tuchsch. Holz u. Masch.	13,25—13,50
Ver. Eisenh. u. Masch.	0,525
Vera Film	0,125
V. chem. Zeitz	7,50—7,75
Vogtländ. AS.	4,90—4,75
Wengeith	—
Werra-Wk.	—
Westdeutsch. Industrieh.	1,10—1,20
Westfälisch. Bergbau	6,00
Winkelhaus Cognac	1,50
Zehlend West	—

Nachtrag zur Morgen-Expreß-Ausgabe des Berliner Tageblatts.

Marx' Bemühungen um die Kabinettsbildung.

Die Bemühungen des Reichskanzlers **Marx**, gemäß dem ihm erteilten Auftrag, so rasch wie möglich eine Regierung zu bilden, haben Donnerstag noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fand gestern abend eine Aussprache statt, auf Grund deren der Reichskanzler heute die **Verhandlungen fortführen** wird. Die Zentrumsfraktion hat diesen Entschluß gebilligt.

*

Ein schweres Autobusunglück ereignete sich am Lützowufer, Ecke Genthiner Straße, wo bereits im vorigen Jahre ein Unglück passierte. Donnerstag abend wurde ein vollbesetzter Autobus der Linie 1 am Lützowufer von einem Privatkraftwagen überfahren, der gegen die Radnaben des Autobus geriet, so daß dieser aus der Richtung gelenkt wurde. Durch den unerwarteten Ruck verlor der Kraftwagenführer anscheinend die Geistesgegenwart und steuerte den Omnibus zum Landwehrkanal. Er fuhr gegen die Bordschwelle des Bürgersteigs, wobei der **Wagen umkippte**. Bei dem ungeheuren Stoß explodierte der Tank, und die **Fahrgäste**, besonders die auf dem Deck befindlichen, wurden **aus dem Wagen geschleudert**. Mit schweren Verletzungen blieben sie auf dem Bürgersteig liegen. Im Wageninnern wurden die Fahrgäste durcheinandergeworfen; Glas- und Holzsplitter überschütteten die Passagiere und bewirkten Verletzungen. Die Feuerwehr und das Rettungsamt wurden alarmiert. Insgesamt **25 Verletzte** wurden nach den Rettungsstellen und dem Krankenhause geschafft.

Neu aufgenommen:
Anzug- und Mantelstoffe
Meter 1.50—4.50
Für Wiederverkäufer.
Für Wiederverkäufer durch Erdrückende Bestellungen.
Denen ich ganz große Verdienstmöglichkeiten durch meine Weltschlager biete.
Anton Bretzel, Rosenstr. 18/19.
Führendes Haus für Wiederverkäufer.

Wer tauscht Etage
an Textilviertel gegen klein. Laden Meue Friedrichstr. 45. Gebr. Abramczyk

Schrankkoffer
kaufen Sie am billigsten Alexandrinenstr. 27, II. Etage. Geschäftszeit 9—5 Uhr.

G. m. b. H.-Mantel,
schuldenfrei, billig zu verkaufen. Off. u. J. H. 12301 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Übernehme die Fabrikation von Maschinen jeder Art. Dreh-, Fräs-, Hobel-, Bohr-Arbeiten Modellmaschinen, Maßgenstände. Allgater, Waterlooufer 7. Mpl. 10084.

Oberhemden-
Lohnanfertigung übernimmt billigst erstklassige Berliner Herrenwäschefabrik. Offerten unter Kgst. U. 1122 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Für Grossisten, Exporteure
Wäscheknöpfe (auch auf Sortimentskarten)
Zwirnknöpfe
für weisse Wochen, grosse Posten greifbar und preiswert
Sohland-Berliner Knopffabrik
Berlin C. 2, Kaiser Wilhelmstr. 50

Anthrazitöfen, Cade und Amerikaner, in jeder Größe sofort lieferbar. E. Grunge & Co., Eisenacherstr. 14. Kurf. 1363.

Haben Sie Interesse für eine preiswerte Offerte in
Persisch. Teppichen
u. Brücken dann schreiben Sie sofort u. Kr. J. 1021 an Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103 und Sie erhalten umgehend eine preiswerte Offerte.

Kinderkleidchen,
Gelegenheitsposten, reinw., handgehäkelt, bed. unt. Preis Aparte echtl. Ausf. Norden 10 002.

Wollrips, Ia,
Lagerposten, schwere Ware, für Röcke u. Mäntel, sowie Cheviot max. abzug. E. Roth, Kaiser-Wilhelm-Str. 51.

Kunstseid. Damenhemdhosen
u. Prinzeßröcke, sowie Kinder- u. Damenwäsche sehr preiswert abzugeben bei Spichalla, Charlb., Siebuhrstr. 13.

Tanks,
teils neu teils gebrauchte.
2 St. à 20 m ⌀ 9 25 m Höhe, à ca. 3000 cbm
2 „ à 6 m ⌀ 5,00 m „ à ca. 140 cbm
1 „ à 6 m ⌀ 4,00 m „ à ca. 110 cbm
Lager-Behälter
mit gewölbten Böden
5 Stück ..... à 10 cbm
7 „ ..... à 15 cbm
7 „ ..... à 20 cbm
3 „ ..... à 25 cbm
3 „ ..... à 40 cbm
4 „ ..... à 50 cbm
2 „ ..... à 100 cbm
sofort zu verkaufen.
Großes Lager an viereckigen, runden, geschlossenen Behältern.
Behälterlitten kostenlos.
Dr. Schönmann & Co. G. m. b. H., Magdeburg-Buckau.

Ein Posten Seal-Elektric-Mäntel zu jed. annehmbaren Preis ab Fabriklager geg. sof. Kasse (evt. auch einzeln) abzugeben. Anfr. unt. Ta. L. 9135 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Weit unter Tagespreis
Posten Gummimäntel mit Stoff und Cordcrad Bezug à Mk 16, 17, 18, abzugeben. Birnbaum Knilli, Neue Schönhauserstr. 7. Norden 7389.

Größere Posten erstklassig gearbeiteter
Gummimäntel
sehr preiswert abzugeben.
Ostpr. Regenmäntel-Fabrik, Königsberg/Pr., Vordere Vorstadt 76.
Vertreter:
W. Hauser, Berlin SO. 26, Reichenberger Straße 1.

Kredite
Beleihungen von
Waren
sowie ganzer Läger des Grosshandels. Insbesondere der Textil-, Leder- und Rauchwarenbranche gibt zu kulanten Bedingungen bei sof. Auszahl.
Diskont- und Warenbank
BERLIN NO. 43. Alex. 7160/61, neue Königstr. 61-67, nahe Alexanderpl.

200 Dtz. Reformhosen und Futterschlüpfer
sehr vorteilhaft abzugeben.
Berlin-Chemnitzer Wirk- u. Webwaren G. m. b. H., Berlin C. 25, Dircksenstr. 41.

Teddy-Bären
zu Schleuderpreisen liefert
R. Borenberg,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

ADRESSEN
jeder Art aus In- und Ausland
liefert seit 1878
auf Grund neuester Quellen und umfangreicher Archive
ROBERT
TESSMER
Aktien-Gesellschaft.
Bedeutendste Firma der Branche.
Berlin C. 20 Wallstr. 16.

Karbidtrommeln
in grossen Posten prompt lieferbar.
A.-G. Charlottenhütte
Abt. Eichener Walzwerk
Kreuztal, Kr. Siegen.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände
Stumpfe Zeiten zum Aufbauen kauft laut. Gustav Picard Friedenaer, Friedenau, Bornstr. 60.

Restposten Seide, Stoffe,
Wäsche, Strümpfe kauft Welsch, Wasserstorstraße 12/13. Moritzplatz 3264.

Schrankkoffer
1. Etagen, Kleider ff. Kahan, Brüderstr. 41.

Kaufe Futterstoffe
neg. sofortige Kasse. Angeb.: Ro. E. 126 an Rudolf Mosse Berlin, Rosenthaler Str. 48.

Monierelsen
15 t 25 mm, 2 t 25 mm, 3 t 32 mm, 2 t 36 mm, tot. Kasse A. L. gel. Fischer, Alsbachstr., Tempelhof, Südring 1466.

Achtung.
Suche von sof. ganze Restaurationseinrichtungen, bogl. Gartentische und Stühle. Offerte zu richten an Franz Broska, Hotel Südbahn Fischhausen, Ostpr.

Bin Kaufkäufer in Perlal und Zefir.
Bemusterte Offerte u. 8.—11. bei Baumgarten, St.-Wilmersdorf, Coburgerstr. 7, zu machen

Suchen große Unterpreislagerposten
Textilwaren
für Export gegen sofortige Kasse. Uebernehmen auch in Kommission gegen größere Kontoz-Zahlung. Off. unter Kgst. U. 1143 befördert Rudolf Mosse, Königstr. 55.

Gabardine und Rips,
nur gezwirnte Ware, bin Kaufkäufer. Bemusterte Offerten mit äußerstem Preis unt. J. J. 1287 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Wer liefert
elektrische Lichtpausapparate
mit Preisangabe zu richt. an D. Hotte, c/o Bickly, 505 W. 111 st., New-York City.

Werkzeugmaschinen neu, gebraucht, verkauft Freudenheim Inh. Sommerfeld, NO 43.

Kurante Lagerware,
nicht verderblich, zum Verkauf gegen Provision od. für eigene Rechnung gesucht. Nur sehr preiswerte Angeb. hab. Zweck. Berkäufe können sofort gegeben werden.
Gefl. Off. u. J. K. 1267 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

I-Träger
in allen Profilen, neu oder gebraucht, kaufen oder tauschen Kotte & Ehrt, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 5.

Kaufe gegen Kasse
zu angemessenen Preisen:
Tuche und Twills, Kammgarne, Manchester, Cheviots,
Kleiderstoffe, Popelines,
Sammete, Seidenstoffe, Gabardines, Hemdentuche, Zinnes, Zimtiles, Bettdamaste, Tischtücher, Handtücher, Jäckchen, Inletts, Steppdecken, Flanelle, Schürzenzeuge, Satins, Doublas,
Futterstoffe,
Rest- und Konkurswarenläger.
Benno Silberberg,
Berlin C. 2, Jüdenstraße 12/13.
Telefon Jtr. 4270.

Für Nordamerika
erbitten wir Offerte in
Lagerware und zur Anfertigung von:
Leinentischzeug
(bevorzugt Jacquard- bzw. Damast-Hohlsaumware, weiß, bunt und buntkantig,
Hand- und Küchentücher,
Gerstenkorn und glatt, mit und ohne Jacquard- und Damastfesteten, weiß und buntkantig,
Baumwoll-Tischzeug,
bunt und buntkantig, evtl. auch weiß.
Loewenthal & Mendelsohn
Berlin S. 42, Alexandrinenstraße 98/94.
Telegrammadresse: Bindsbo

Flausch u. Velour de laine
für Winter-Kinder- und Damenmtl. Bei billigster Preisofferte
größere Quantitäten
sofort gesucht. Offerten mit Qual. u. Farbmustern unt. J. O. 1208 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Ziehung 15., 16. u. 17. Januar 1925
Wohlfahrts-Geldlotterie
für die Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr
12836 Gewinne im Gesamtbetrage von Rm.
Hauptgewinne: 300000 75000 50000 25000 10000
Lose zu M. 3,30 Porto und Liste 30 Pfennig extra
10 Lose einschliessl. Porto und Gewinnliste 33 M.
Zu haben bei allen staatlichen Lotterie-Einnehmern und durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen
Lud. Müller & Co.
Berlin C 19, Jerusalemer Strasse 18

Buchführung
stundenw. Einricht. Steuers., Bilanzen, preisw. Kreiseler NW. 87, Alt-Moabit 77

Buchführung.
Bilanzen, Steuerbearbeitung usw. Duykers, W. 57, Großgörschen St. 31.

Draht- u. Blech
Massenartikel
Maschinen baut
A. Schulze, Nachfolger, Berl., Alexandrinenst. 56

Stahlwaren-Posten
sehr bill. Pfalzb. 2165.

Partie-Posten
Scheuertücher
gegen preiswert ab
Scholz & Behm,
Waterlooufer 7.
Moritzplatz 7490.

Reizende Holzhäuser
mit eingeb. Möbeln M. 500 an, sof. lieferb.
Paderborner Str. 8
verl. Düsseldorferst.
Pfalzburg 2260.
Maxstr. Landh.
M. 3500.—
kulante Bedingung.

Gewaltige Posten
Flanellhosen
à 85 Pfg.
verkauft
S. Tichauer & Co.
Oranienstr. 1..

Elektromotor Reparaturen
prompt u. billig
An- u. Verkauf
Stelter & Lenk,
Jägerstr. 24 Cir. 948.